

Protokoll Einwohnerrat Wohlen

9. Sitzung vom 20. März 2023 von 19:00 bis 22:50 Uhr Casino Wohlen

Vorsitz Cyrille Meier, Präsident

Protokollführung Jessica Wüest, Aktuarin

Präsenz **Einwohnerrat**
Mitglieder des Einwohnerrats: 36
Absolutes Mehr: 19
Zweidrittelsmehr: 24

Gemeinderat
Arsène Perroud, Gemeindeammann
Thomas Burkard, Vizeammann
Roland Vogt, Gemeinderat
Denise Strasser, Gemeinderätin

Weitere Anwesende
Sarah Donat, Kanzlei
Flurin Burkard, Bereichsleiter Gesellschaft, Soziales und Bildung
Stefan Leuenberger, Bereichsleiter Planung, Bau und Umwelt
Marcel Christen, Bereichsleiter Sicherheit
Marco Veil, Chef Regionalpolizei
Matthias Schatzmann, Chef-Stv. Regionalpolizei

Entschuldigungen Ruedi Donat, Die Mitte
Michelle Gregor, Die Mitte
Marc Läufer, SVP
Jonathan Nicoll, SVP
Christoph Weibel, Gemeindeschreiber
Ariane Gregor, Gemeinderätin

TRAKTANDEN

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Inpflichtnahme von Drago Glavas, SVP
3. Dringliche Motion 15054 betreffend das Isler-Areal soll endlich öffentlich ausgeschrieben werden!
4. Ersatzwahl 1 Mitglied der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission
5. Bericht und Antrag 15052 Sportpark Bünzmatt AG – Wahlvorschlag Verwaltungsrat
6. Bericht und Antrag 15048 Landabtretung einer Teilfläche der Parzelle Nr. 3833 an der Industriestrasse an die Ferrowohlen AG – Bewilligung
7. Bericht und Antrag 15049 Landabtretung einer Teilfläche der Parzellen Nrn. 1976 und 4044 am Bahnhofweg an die Anlagestiftung Swiss Life – Bewilligung
8. Motion 15030 betreffend Verlagerung aller Repol-Arbeitsplätze an die Wilstrasse 57
 - ▶ Der Gemeinderat ist bereit die Motion als Postulat entgegenzunehmen
9. Antwort zur Anfrage 14139 betreffend Gemeindeammann- und Vizeammann-Wahl, Publikation der vereinzelt gültigen Stimmen
10. Motion 15046 betreffend Behebung der unbefriedigenden Protokollierung der Gemeindewahlen an der Urne
 - ▶ Der Gemeinderat beantragt die Nichtüberweisung der Motion
11. Antwort zur Anfrage 15027 zur Beschwerde beim Schweizer Presserat durch den Gemeinderat
12. Antwort zur Anfrage 15028 betreffend Gemeinderat macht Beschwerde gegen den Wohler Anzeiger
13. Motion 15034 betreffend Vergabe des gesamten Jacob Isler-Areals an einen einzelnen Investor
 - ▶ Der Gemeinderat beantragt die Nichtüberweisung der Motion
14. Motion 15035 betreffend Baurecht auf dem Isler-Areal
 - ▶ Der Gemeinderat beantragt die Nichtüberweisung der Motion
15. Antwort zur Anfrage 15036 betreffend Jakob Isler-Areal, Vergabe im Baurecht oder Verkauf
16. Antwort zur Anfrage 15051 zum bevorstehenden Abbruch der ibw Häuser an der Steingasse 25 und 27

Meier Cyrille, Präsident:

Eingänge

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 5. Dezember 2022 zu verzeichnen:

- Einwohnerratssitzung vom 23. Januar 2023 – Absage
- Einladung zur 9. Einwohnerratssitzung vom 20. März 2023
- Bericht und Antrag 15048 Landabtretung einer Teilfläche der Parzelle Nr. 3833 an der Industriestrasse Ferrowohlen AG – Bewilligung
- Bericht und Antrag 15049 Landabtretung einer Teilfläche der Parzellen Nrn. 1976 und 4044 am Bahnhofweg an die Anlagestiftung Swiss Life – Bewilligung
- Anfrage 15050 betreffend geplante Grossveranstaltungen im Jahr 2023 und den Folgejahren im Wohler Oberdorf
- Anfrage 15051 zum bevorstehenden Abbruch der ibw Häuser an der Steingasse 25 und 27
- Bericht und Antrag 15052 Sportpark Bünz matt AG – Wahlvorschlag Verwaltungsrat
- Postulat 15053 betreffend der ehemalige Forstwerkhof als Aussenstelle der Schule Wohlen (Waldschule)
- Protokoll der 2. Einwohnerratssitzung vom 21. März 2022
- Protokoll der 3. Einwohnerratssitzung vom 25. April 2022
- Protokoll der 4. Einwohnerratssitzung vom 27. Juni 2022
- Protokoll der 5. Einwohnerratssitzung vom 29. August 2022
- Protokoll der 6. Einwohnerratssitzung vom 17. Oktober 2022
- Protokoll der 7. Einwohnerratssitzung vom 7. November 2022
- Protokoll der 8. Einwohnerratssitzung vom 5. Dezember 2022
- Treffen Partei- und Fraktionspräsidien vom 3. April 2023 – Absage
- Schreiben Musikverein Wohlen betr. Auftritte 2023
- Einladung zu den Tagen der offenen Tür vom 29. März bis 1. April 2023 im Chappellehof

Es liegt auf:

- Dringliche Motion 15054 betreffend das Isler-Areal soll endlich öffentlich ausgeschrieben werden!
- Flyer zur Musicschoolweek 2023 der Musikschule Wohlen

Fraktionserklärungen

Dietrich-Meyer Stefanie, Die Mitte: In der Aargauer Zeitung konnte man am letzten Freitag lesen, dass der Kanton nun doch noch einen sicheren Weg über den Büelisacherkanal plant. Das ist eine Neuigkeit, von welcher die Öffentlichkeit noch keine Kenntnisse hatte. An der Einwohnerratssitzung vom 8. November 2021 haben wir hier im Saal einen Bericht und Antrag zu diesem Thema behandelt. Es wurde diskutiert, ob man die Gesamtkosten von CHF 124'000 sprechen möchte. Das wären 60% respektive rund CHF 75'000

für die Gemeinde Wohlten gewesen. Wir im Einwohnerrat haben es als einen sehr hohen Betrag angesehen, weshalb der Antrag fast einstimmig abgelehnt wurde. Das Werk ist gebaut und das Projekt ist abgeschlossen. Die Gemeinde hat ihren Kostenanteil bereits schon beglichen. Wenn jetzt nun Änderungen seitens Kantons vorgenommen werden, welche zweifelslos mit dem Hochwasserschutz nichts zu tun haben, dann soll der Kanton als Eigentümer dieses Werkes die Kosten für diese Änderungen selbst übernehmen. Der Kanton ist im Rahmen seiner Werkeigentümerhaftung sowieso alleine in der Haftpflicht. Die Mitte stört sich auch an den Forderungen des Kantons, und zwar dass die Gemeinde 60% der Kosten für solche Änderungen übernehmen sollte. Das ist nämlich die Obergrenze des Kostenanteils der Gemeinden gemäss des Baugesetzes. Wenn der Kanton nun mit demselben Projekt kommt, welches wir hier im Einwohnerrat klar verworfen haben, dann soll unsere Gemeinde – wenn notwendig – höchstens 20% der Kosten übernehmen. Das wäre dann die Untergrenze. Die Mitte verlangt vom Gemeinderat, dass er hier nicht einlenkt und die Forderungen des Kantons nicht akzeptiert. Der Gemeinderat hat den Beschluss des Einwohnerrates zu respektieren und in Aarau zu vertreten. Wenn daraus ein Streitfall entstehen würde, soll man es darauf ankommen lassen. In diesem Fall müsste der Grosse Rat in einer öffentlichen Debatte entscheiden.

Inpflichtnahme von Drago Glavas, SVP

Meier Cyrille, Präsident: verliest das Rücktrittsschreiben von Andreas Eberhart.

Er liest das Amtsgelübde vor.

Drago Glavas, SVP, leistet für den Rest der Amtsperiode 2022/2025 das Amtsgelübde gemäss § 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates. Drago Glavas ist somit als Nachfolger von Andreas Eberhart in Pflicht genommen.

Ordnungsantrag

Manfred Breitschmid, SVP, stellt folgenden Ordnungsantrag:

Die Traktandenliste der Sitzung von Montag, 20. März 2023 ist wie folgt anzupassen: Die Traktanden 11, 12, 13 und 14 sind anschliessend an die Geschäfte des Gemeinderates zu behandeln, das heisst nach dem Traktandum 7.

Begründung: Diese Traktanden wurden bereits an der Sitzung vom 5. Dezember 2022 traktandiert und nicht behandelt. Es macht also durchaus Sinn, diese Vorstösse vorrangig zu behandeln. Ich danke den Mitgliedern des Rates für Ihr Entgegenkommen.

Abstimmung

Dem Ordnungsantrag wird mit 19 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen zugestimmt.

Ersatzwahl 1 Mitglied der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission

Meier Cyrille, Präsident: Nach dem Rücktritt von Andreas Eberhart, SVP, wird nun seine Nachfolge bestimmt.

Büchi Roland, SVP: Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon schlägt Ihnen Adrian Kündig für die FGPK vor. Adrian Kündig kennen alle. Er ist seit dem 2014 im Wahlbüro tätig und seit dem Jahr 2016 im Einwohnerrat. Er arbeitet bei de Orell Füssli Thalia AG und ist für die Schule sowie die Bibliothek zuständig. Seine Hobbies sind schwimmen, Städtereisen und backen. Wer noch mehr über Adrian Kündig erfahren möchte, der darf gerne auf seiner Homepage nachschauen.

Wahlprotokoll

für die Wahl von 1 Mitglied der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2022/2025

Zahl der Anwesenden		36
Eingelegte Wahlzettel		36
abzüglich	ganz leere	2
	ungültige	0

In Betracht fallende Wahlzettel 34

Anzahl der zu Wählenden 1

In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden = total der möglichen Stimmen 36

Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen 2

Gesamtzahl der gültigen Stimmen 34

Absolutes Mehr: Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden: 2

gewählt

Stimmen haben erhalten:	1	2	Stimmen	
Adrian Kündig	32	-/-	32	<input checked="" type="checkbox"/>
Max Hüsler	1	-/-	1	
Philipp Stäger	1	-/-	1	

Dringliche Motion 15054 betreffend das Isler-Areal soll endlich öffentlich ausgeschrieben werden!

Dietrich Stefanie, Die Mitte: Es liegen zwei Motionen zum Thema «Isler-Areal» vor. Beiden werden heute Abend voraussichtlich keine Mehrheit erreichen. Nicht weil die Grundidee schlecht ist, sondern weil sie die Verhandlungen zu fest einschränken würden und vielleicht nicht ganz zu Ende gedenkt sind. Es darf aber nicht sein, dass man am Schluss des heutigen Abends gar nichts erreicht haben, denn eigentlich wollen wir – glaube ich – alle das Gleiche hier drin. So dass es auf dem Isler-Areal endlich mal vorwärts geht. Aus diesem Grund haben wir zuerst in der Mitte-Fraktion von einer neuen und zwar dringlichen Motion diskutiert. Wir waren einstimmig und wollten alle anderen Fraktionen ins Boot holen. Das ist uns auch fast gelungen, denn wir haben die Zustimmung von fast allen Fraktionen erhalten. Der Antrag lautet wie folgt: *«Der Gemeinderat wird beauftragt, das Isler-Areal bis spätestens Ende des laufenden Jahres im Baurecht öffentlich auszuschreiben. Es soll offengelassen werden, ob sich eine oder mehrere Parteien zusammen bewerben.»* Die vorliegende dringliche Motion wurde heute von allen Fraktionspräsidentinnen und Fraktionspräsidenten der Parteien Die Mitte, GLP/EVP, SP, FDP/Dorfteil Anglikon und den Grünen unterzeichnet und gemeinsam eingereicht. Der zweite Grund, weshalb die Motion dringlich ist und heute diskutiert werden muss, ist, denn die beiden traktandierten Motionen 15034 und 15035 bei einer Annahme der vorliegenden dringlichen Motion zurückgezogen werden sollen. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen, so dass wir heute Abend endlich einen Schritt weiterkommen.

Hübscher Renato-Raffaele, SVP: Wir von der SVP sind der Meinung, dass die dringliche Motion diffus ist. Im Volksmund würde man sagen «wischi waschi.» Wir sind nicht einverstanden und werden der dringlichen Motion einstimmig nicht zustimmen. Zudem werden wir des Weiteren die dringliche Motion 15035 nicht zurückziehen. Mein Parteikollege Manfred Breitschmid wird dazu später noch etwas sagen, denn dies ist eine Fehlinformation.

Abstimmung über Dringlichkeit

Der Antrag auf Dringlichkeit wird mit 28 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen angenommen.

Fraktionsmeinungen

Dietrich Stefanie, Die Mitte: Ich danke Ihnen vielmals für die Zustimmung über die Dringlichkeit. Die Einleitung zur Entstehung dieser Motion habe ich vorher bereits erläutert, weshalb ich nun zur Sache komme. Das Isler-Areal ist bis heute nicht öffentlich ausgeschrieben, obwohl man hier im Einwohnerrat sowie in der Bevölkerung schon lange auf die Umsetzung der bestehenden Gestaltungsplanpflicht wartet und darüber spricht. Der Gestaltungsplan ist schon mehr als zehn Jahre alt. Von einem Baustart sind wir noch weit entfernt. Im letzten August wurden die beiden anderen Motionen eingereicht, welche sich gegenseitig widersprechen. Die einen fordern, dass das südöstliche Baufeld an fünf Firmen mit Sitz in Wohlen anzubieten ist. Und die anderen fordern, dass die Gesamtfläche nur einem einzelnen Investor angeboten wird. Wie bereits erwähnt, ist der gemeinsame Nenner, dass die öffentliche Ausschreibung für die Baurechtsvergabe auf dem Isler-Areal endlich stattfinden soll. Die Warterei muss jetzt ein Ende haben. Die Investoren warten nur darauf, dass das Areal endlich im Baurecht öffentlich ausgeschrieben wird und sie sich bewerben können. Unsere Motion macht Druck, so dass dies bis Ende Jahr passiert. Die Investoren sollen sich zudem alleine oder auch gemeinsam bewerben können. Natürlich soll bei der Vergabe vor allem der finanzielle Aspekt angeschaut werden. Aber uns allen ist wichtig, dass die Regionalität ein wichtiges Kriterium bleibt. Ich sage es nochmals, aber wir warten schon lange. Nun müssen wir endlich Nägel mit Köpfen machen. Unsere Motion gibt einen Anstoss dafür. Ich bitte Sie, Wohlen zuliebe der Überweisung der Motion zuzustimmen. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Beteiligten Fraktionen bedanken. Wenn wir nämlich ähnliche Anliegen haben, man zusammen spricht und diskutiert, lohnt sich dies, denn nur so können wir

etwas bewirken. Es soll um die Sache und um das Wohl von Wohlen gehen. Ich danke Ihnen für die Zustimmung.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich nehme im Namen des Gemeinderates gerne Stellung zu dieser Motion. Stefanie Dietrich hat vorher erwähnt, dass der gemeinsame Nenner der beiden Motionen in der neuen dringlichen Motion umgesetzt werden soll oder seinen Niederschlag hier drinnen gefunden hat. Ich kann den gemeinsamen Nenner noch erweitern, denn es ist nämlich genau die Absicht, welche der Gemeinderat verfolgt. Dementsprechend bitte ich Sie, die Motion zu überweisen. Wenn Sie diese Motion überweisen, kann der Gemeinderat seine Arbeit für die Baurechtsvergabe wiederaufnehmen, so dass das Areal veräussert respektive im Baurecht abgegeben werden kann. Damit kann der Gestaltungsplan darauf umgesetzt werden. Dementsprechend bitte ich Sie, dieser Motion so zuzustimmen. Sie entspricht der Absicht und dem Plan des Gemeinderates.

Angst Matthias, GLP/EVP: Marco Odermatt ist ein toller Skifahrer. Die fünf Wohler Unternehmen sind tolle Firmen. Was haben sie miteinander zu tun? Ich versuche das Gleichnis zu erklären: Beide benötigen einen Wettbewerb, um sich zu beweisen. Auch wenn in der vergangenen Skisaison oftmals klar war, wer am Schluss das Rennen machen wird, musste sich Odermatt stets dem Wettbewerb stellen. Die Zuschauer respektive die Bevölkerung von Adelboden respektive Wohlen würden es nicht goutieren, wenn Odermatt nur starten würde, obwohl sie hofften, dass er gewinnt. Ganz bestimmt resultiert auch bei «Odi» ein besseres Ergebnis, wenn er gegen harte Konkurrenz den Hang hinunterfährt. Die Konkurrenz tritt jedes Mal gerne gegen ihn an und versucht ihn zu schlagen, wenn auch oft erfolglos. Seine Konkurrenten wollen und fordern den Wettbewerb. Daran ändert sich erst dann etwas, wenn er seinen ärgsten Gegnern schriftlich garantieren würde, dass er zwar dieselbe Piste zu den gleichen Bedingungen hinunterfahren, sich aber mit dem 4. Rang begnügen würde. Was wäre das auch für ein Rennen? Was würde das Publikum dazu sagen, wenn der 4. oder sogar der 2. Platz von Beginn weg vergeben wäre? Sie würden laut werden und fordern, dass das, doch unfair sei für die anderen Einheimischen wie Loïc Meillard oder den Gino Caviezel. Die Österreicher aus Bremgarten monierten eine Bevorteilung, die Franzosen aus Villmergen beanstandeten gezinkte Karten, die Italiener aus Waltenschwil witterten eine Verschwörung und die Norweger aus Dottikon zweifelten an unserer Neutralität. Was vielleicht lustig klingt, ist durchaus ernst gemeint. Das Rennen will zuerst gefahren werden, bevor die Bestplatzierten feststehen. Selbstverständlich dürfen dabei die Einheimischen lautstark angefeuert werden. Den Hang respektive das Isler-Areal kennen sie ja bestens, und die Kurssetzung hat durch unseren Gemeinderat selbstverständlich auch in ihrem Sinne zu erfolgen. Unsere Fraktion stimmt geschlossen für diese neue Motion und würde die anderen beiden ablehnen.

Zingg Lionel, FDP/Dorfteil Anglikon: Es freut uns sehr, dass sich die GLP so stark für den Wettbewerb einsetzt und wir sind 100% übereinstimmend mit dieser Position. Ich möchte gerne noch zwei zusätzliche Punkte ansprechen. Und zwar hatten wir im Jahr 2017 die Isler-Areal-Initiative, welche die Schaffung einer Oase verlangte. Das Ziel war damals, dass man das Isler-Areal für die nächsten zehn Jahre nicht überbaut. Ich möchte daran erinnern, dass wir das Isler-Areal schon seit sechs Jahren nicht überbaut haben. Das heisst, wenn man dies noch lange so lässt, stellt sich irgendwann die Frage der Respektierung des Wählerwillens, welcher klar sagt, dass das Areal bewirtschaftet und überbaut werden sollte. Für uns ist zentral bei dieser dringlichen Motion, dass sie die vereinten Punkte der beiden anderen Motionen beinhalten. Und zwar die Setzung der Frist bis Ende Jahr, so dass es nicht noch zu einer jahrelangen Verzögerung kommen kann. Und andererseits wird dem Gemeinderat genug Spielraum gelassen, was auch wichtig ist. So kann er die beste Lösung für die Gemeinde finden und die partikularen Interessen nicht ein zu grosses Gewicht über den Einwohnerrat erhalten.

Pascolin Laura, SP: Mit den Motionen 15034 und 15035 wurden genaue Forderungen gestellt. Mit der neuen dringlichen Motion macht man die Forderungen wieder rückgängig. Also hat der Gemeinderat wieder den gleichen Handlungsspielraum oder die Kompetenz zurück, welche ihm von vorneherein zusteht. Mit der Ausnahme, dass er jetzt «tout de suite» handeln muss. Im Sinne von gut oder schlecht einfach vorwärts machen. Unter Druck fällt man oft eher emotionale statt objektiver Entscheide. Das macht mir schon Sorgen. Aus meiner Sicht ist es sinnvoll, dass man die zwei Motionen 15034 und 15035 zurückzieht und der dringlichen Motion zustimmt. Zusammen einen Kompromiss finden gehört zu unserer Politikultur. Ich hoffe, dass der Gemeinderat für alle Beteiligten eine gute Lösung anstreben wird. Last but not least soll die Vergabe des Isler-Areals der Bevölkerung den besten Nutzen – auch in finanzieller Hinsicht – bringen.

Schmid Patrick, Grüne: Auch wir schliessen uns den Voten der Vorredner an. Wir sind der Meinung, wenn man es im Gesamten betrachtet – verkehrstechnisch für die Bevölkerung und auch aus Umweltschutzgeschichten – dass das besser bearbeitet werden kann, als zerstückelt mit einzelnen Positionen.

Einzelvoten

Meyer Meinrad, Die Mitte: Das Isler-Areal wird seit über 20 Jahren ohne Priorität im Gemeinderat behandelt, deshalb ist das Areal bis heute eine katastrophale Brache. Vor etwa zwei Jahren kamen einheimische Firmen auf den Gemeinderat zu mit der Bitte, auf einem Teil des Isler-Areals bauen zu können und ein Kompetenzzentrum zu errichten. Das alles nach geltendem Recht und Vorschriften. Für das Isler-Areal besteht schon seit Ewigkeiten ein rechtskräftiger Gestaltungsplan. Alle Belange wurden dort drin geregelt. Im Rat hier drin wurde festgelegt, dass man das Areal im Baurecht abgibt und nicht verkauft. Das alles hätten diese Firmen eingehalten. Und was macht unser Gemeinderat? Er behandelt die Anfrage wieder ohne Priorität und schliesslich mit einer Absage an das einheimische Gewerbe. Ich lasse bewusst die Details weg, sonst müsste ich hier vorne eine Stunde stehen und referieren. In meinen Augen ist dies ein katastrophales Vorgehen des Gemeinderates. Aber auch die Unterstützung aus dem Einwohnerrat gestaltet sich als sehr schwierig. Eine dringende Motion für die Teilvergabe an die Wohler Firmen wird vom Einwohnerrat als nicht dringend eingestuft. Ich persönlich musste mir sogar «Vetterliwirtschaft» vorwerfen lassen, weil ich mich für das Wohler Gewerbe eingesetzt habe. Das ist eigentlich unglaublich.

Nun liegt eine neue Motion vor, die den gordischen Knoten lösen könnte. Mir ist es wichtig zu sagen, dass jetzt mit dieser Motion, dem Gemeinderat eine Priorität gegeben wird. Es ist mir ebenfalls wichtig zu sagen, dass das Isler-Areal für alle Interessenten ausgeschrieben wird. Einem einzelnen Investor, aber auch für Teil – Investoren weiter interessant bleibt. Deshalb ist der Wortlaut der Motion: *«Es soll offengelassen werden, ob sich eine oder mehrere Parteien zusammen bewerben.»* Somit haben die fünf Wohler Firmen weiter die Möglichkeit, sich um das gewünschte Stück Isler-Areal offiziell auf die Ausschreibung zu bewerben. Ich hätte mir auch den einfacheren und direkteren Weg gewünscht und hätte diese Motion gerne unterstützt. Aber dieser Kompromiss scheint mir der einzige Weg um allen Beteiligten und allem gerecht werden zu können. Ich stimme dem Kompromiss zu, da alle anderen Vorstösse, vermutlich nicht mehrheitsfähig sind und zurückgezogen werden. Ich habe zwar vorher etwas anderes gehört. Wir werden dann dies noch diskutieren. Wenn wir heute Abend diese Motion nicht überweisen, und auch die anderen beiden Motionen abgewiesen werden, dann haben wir für die nächsten Jahre weiterhin die Brache auf dem Isler-Areal. Die Fraktionspräsidentin der Mitte hat es bereits gesagt, dass nun Nägel mit Köpfen gemacht werden müssen. Wohlen braucht dieser Pachtzins und diese Steuergelder. Ich hoffe auf die Unterstützung von Ihnen für öffentliche Ausschreibung des Isler-Areals.

Abstimmung

Die dringliche Motion 15054 betreffend «Das Isler-Areal soll endlich öffentlich ausgeschrieben werden!» wird mit 28 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen überwiesen.

Bericht und Antrag 15052 Sportpark Bünzmatt AG – Wahlvorschlag Verwaltungsrat

Hauri Claudia, FGPK: Die FGPK unterstützt die Wahl der vier vorgeschlagenen Mitglieder als Verwaltungsrat der Sportpark Bünzmatt AG. Die vorgeschlagenen Mitglieder decken ein breites Wissens- und Erfahrungsgebiet ab. Gerne gebe ich Ihnen einige Beispiele. Michèle Bächli verfügt über einen Master in Rechtswissenschaften und einen Bachelor in Wirtschaftsrecht und deckt somit die rechtlichen Belange sehr gut ab. Die Erfahrungen von Nadja Koch im Finanz- und Rechnungswesen und ein noch breiteres Wissen im Finanzwesen decken den kaufmännischen Aspekt sehr gut ab. Alex Meyer, als Architekt und Mitinhaber der Unternehmung Xaver Meyer AG, deckt die für die Infrastruktur relevanten Themen sehr gut ab. Tobias Rohner, als Direktor und Mitinhaber von der United School of Sports, kann er seine wertvollen Erfahrungen und seine Beziehungen aus dem Sport- und Freizeitbereich einfließen lassen. Urs Meier tritt, wie angekündigt, am Ende der Amtsdauer zurück. Wir danken ihm für seine wertvolle Mitarbeit als Verwaltungsrat der Sportpark Bünzmatt AG.

Tobias Rohner war als Gast bei der letzten FGPK-Sitzung anwesend. Er berichtete, dass sich das neue Team sehr gut einarbeiten konnte und sehr gut zusammenarbeitet. Zur Erinnerung: Erst vor einem Jahr wurden diese drei Mitglieder neu in den Verwaltungsrat gewählt. Der Erfolg der Sportpark Bünzmatt AG wird sicher durch die erwähnte gute Durchmischung des Verwaltungsrates begründet. Die Unternehmung wird sicher durch das Wissen und die Erfahrung, aber auch die gute Zusammenstellung in Bezug auf das Alter und der Geschlechter profitieren. Die FGPK möchte jedoch darauf hinweisen, dass sich die Übernahme der Führung der Buchhaltung durch ein Mitglied des Verwaltungsrates nicht unproblematisch gestalten kann. Tobias Rohner erwähnte, dass sich der Verwaltungsrat über diese Thematik bewusst ist. So tritt beispielsweise Nadja Koch, bei Abstimmungen über den Finanzteil im Verwaltungsrat, in den Ausstand. Die FGPK hat der Wahl von allen vier Verwaltungsratsmitgliedern einstimmig zugestimmt.

Im Anschluss an meinen Ausführungen schliesst sich auch die SVP-Fraktion einstimmig an.

Vogt Roland, Gemeinderat: Der Gemeinderat bedankt sich bei der Sprecherin der FGPK für die gute Aufnahme und nimmt auch die wenigen kritischen Worte ernst. Der Gemeinderat ist sehr froh darüber, dass er die vier kompetenten Persönlichkeiten wieder zur Wahl vorschlagen kann. Wir sind davon überzeugt, dass es sich um die richtigen Personen handelt um die Themen, welche in Zukunft auf die Sportpark Bünzmatt AG zukommen werden, bewältigen zu können.

Ich möchte an dieser Stelle noch unseren Dank für Urs Meier aussprechen, welcher nach dem Ende der Amtsperiode nicht mehr weiter machen wird. Er war damals noch dabei, als es noch die Eisbahngenosenschaft gegeben hat. Er hat die neue schöne Anlage mitgeprägt und mitgestaltet. Er wurde Mitglied des Verwaltungsrates der Sportpark Bünzmatt AG und tritt nun verdientermassen zurück. Er hat sehr viel für den Eiskunstlauf, den Hockey-Klub, für die Anlage und die Gemeinde Wohlen geleistet. Der Gemeinderat dankt ihm herzlich für seinen wertvollen Einsatz.

Fraktionsmeinungen

Matter-Schlein Franziska, Grüne: Mit Michèle Bächli, Nadja Koch, Alex Meyer und Tobias Rohner stellen sich wieder äusserst kompetente und geeignete Personen für den Verwaltungsrat der gemeindeeigenen Sportpark Bünzmatt AG zur Verfügung. Wir wünschen weiterhin eine gute Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde, dem Gemeinderat und dem Verwaltungsrat. Wir bedanken uns zudem bei Urs Meier für seine wertvolle, jahrelange und sehr gute Arbeit für die Sportpark Bünzmatt AG. Unsere Fraktion unterstützt einstimmig die vier vorgeschlagenen Personen für den Verwaltungsrat und stimmen dem Antrag zu.

Isler-Rüttimann Sonja, Die Mitte: Es ist etwas ruhiger geworden um die Sportpark Bünzmatt AG. Wir deuten das als gutes Zeichen. Ein knappes Jahr ist der bestehende Verwaltungsrat nun gemeinsam tätig. Die drei neuen Mitglieder konnten sich einarbeiten und die Zusammenarbeit funktioniert nach eigenen Aussagen sehr gut. Wir begrüßen die Vorgehensweise, dass der Verwaltungsrat mit den vier Mitgliedern weiterfährt und so den Wissenstransfer und die vertiefte Einarbeitung gewährleistet. Wir freuen uns ebenfalls über den hohen Frauenanteil. Der Sportpark Bünzmatt AG wünschen wir eine sonnige und hoffentlich störungsfreie Sommersaison und sind gespannt auf die weiteren Innovationen. Wir danken für den Einsatz. Die Mitte-Fraktion stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Meier Valentin, SP: Wir haben nichts mehr anzufügen und danken den Vorrednerinnen für ihre Ausführungen. Auch wir werden die vier bisherigen Mitglieder des Verwaltungsrats unterstützen und wiederwählen. Zudem bedanken wir uns herzlich für die geleistete Arbeit und wünschen für die Zukunft ganz viel Energie und kreative Ideen.

Sax Simon, GLP/EVP: Am 21. März 2022 haben wir eine umfangreiche Ersatzwahl für die Sportpark Bünzmatt AG durchgeführt. Dabei wurden die drei Personen, Michèle Bächli, Nadja Koch und Tobias Rohner gewählt. Wir haben von der jetzigen Führungscrew einen guten Eindruck erhalten, welche zusammen mit Alex Meyer, das bisherige Geschäft weiterführt. Wir sprechen ihnen unser Vertrauen aus und freuen uns, wenn wir möglichst viele positive Rückmeldung erhalten.

Heinsalo Mika, Dorfteil Anglikon/FDP: Welche Erfolge haben diese vier Personen bis jetzt gehabt und was haben sie in ihrer Funktion im letzten Jahr bewirken können? Offene Fragen, keine Antworten im Bericht und Antrag. Uns fehlt seitens Verwaltungsrats einen klaren und transparenten Leistungsausweis zu jeder Person. Vielleicht erhalten wir in einem Jahr ein besseres Bild über ihre Leistungsausweise. Wir sehen aber diesen Bericht und Antrag als eine formelle Sache an und stimmen dem Antrag einstimmig zu.

Wahlprotokoll Sportpark Bünzmatt AG – Wahlvorschlag Verwaltungsrat

Zahl der Anwesenden	36
Eingelegte Stimmzettel	36
Gültige Stimmzettel	36

	Nomination bestätigt <input checked="" type="checkbox"/>				
	Ja	Nein	Ungültig/leer	Total	
Michèle Bächli, 1989, bisher	35	1	0	35	<input checked="" type="checkbox"/>
Nadja Koch, 1976, bisher	36	0	0	36	<input checked="" type="checkbox"/>
Alex Meyer, 1966, bisher	36	0	0	36	<input checked="" type="checkbox"/>
Tobias Rohner, 1964, bisher	36	0	0	36	<input checked="" type="checkbox"/>

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Gemäss § 28 Abs. 1 Ziff. 3 lit. c) der Gemeindeordnung vom 12. Dezember 2016 beschliesst der Einwohnerrat, dass der Gemeinderat beauftragt und ermächtigt wird, folgende Personen (4) anlässlich der Generalversammlung vom 31. August 2023 als Mitglieder in den Verwaltungsrat der Sportpark Bünzmatt AG für die Dauer von zwei Jahren zu wählen:

- a) Michèle Bächli, 1989, bisher
- b) Nadja Koch, 1976, bisher
- c) Alex Meyer, 1966, bisher
- d) Tobias Rohner, 1964, bisher

wird einstimmig zugestimmt.

Bericht und Antrag 15048 Landabtretung einer Teilfläche der Parzelle Nr. 3833 an der Industriestrasse an die Ferrowohlen AG – Bewilligung

Meyer Hans Rudolf, FGPK: Im Bericht und Antrag 15048 hat der Gemeinderat dieses Geschäft ausführlich beschrieben. Die Abtretung von 9m² an der Industriestrasse zur Begradigung der Parzellengrenze macht Sinn, damit diese anschliessend dem tatsächlichen Strassenverlauf entspricht. Da bei den anstehenden Sanierungsarbeiten an der Industriestrasse die Ferrowohlen AG der Einwohnergemeinde Wohlen ihrerseits Land abtreten wird, ist eine unentgeltliche Abtretung vertretbar. Auch die Anpassung der Parzellengrenze sowie die Notariatskosten belasten die Gemeindekasse nicht. Wer den Bericht und Antrag 15049 durchgelesen hat, weiss auch hier um was es geht. Darum möchte ich die Zahlen und Fakten nicht wiederholen. Auch hier entstehen für die Gemeinde, die im Gegenzug ein ständig öffentliches Fusswegrecht erhält, keine Kosten. Da bei der FGPK-Sitzung alle anstehenden Fragen geklärt werden konnten und die beiden Geschäfte zu keiner Diskussion führten stimmt die FGPK bei beiden Geschäften für die Bewilligung der Landabtretungen der genannten Parzellen einstimmig zu.

Die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon stimmt ebenfalls einstimmig den beiden Geschäften für die Bewilligung der Landabtretungen zu.

Fraktionsmeinungen

Hauri Claudia, SVP: Die SVP schliesst sich den Aussagen der FGPK an. Wir bitten jedoch den Gemeinderat inskünftig darum, dass wenn im Rahmen eines Bauprojektes Anpassungen beim Strassenbau vorgenommen werden sollen, vorab eine Bewilligung beim Einwohnerrat einzuholen. Ich spreche hier vor allem den nachfolgenden Bericht und Antrag betreffend Landabtretung an die Anlagestiftung Swiss Life an. Wir sind dafür, dass dies gemacht wird. Wenn es sich jedoch um grössere Landabtretungen handelt, dann möchten wir vorgängig zustimmen können und nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Insgesamt ist unsere Meinung zu diesen beiden Geschäften jedoch positiv und wir stimmen den Anträgen einstimmig zu.

Gutaj Mergim, SP: Auch wir schliessen uns der Meinung der FGPK an und stimmen beiden Bericht und Anträgen einstimmig zu.

Heinrich Daniel, Die Mitte: Wir sind mit beiden Geschäften einverstanden und werden einstimmig zustimmen. Einzig übrig bleibt für uns ein kleiner Wermutstropfen. Wir bitten den Gemeinderat, wenn es möglich ist, in Zukunft das einheimische Gewerbe, vorliegend den Notar, zu berücksichtigen. Wir bitten darum, darauf zu pochen, auch wenn ein anderer bezahlt.

Schmid Patrick, Grüne: Wir schliessen uns den Vorrednern an und befürworten diese Anträge einstimmig.

Sax Simon, GLP/EVP: Auch von unserer Seite ist die Zustimmung für diese beiden Geschäfte vorhanden.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Bewilligung der Landabtretung der Parzelle Nr. 3833 mit einer Teilfläche von 9m² an der Industriestrasse an die Ferrowohlen AG.

wird einstimmig zugestimmt.

Bericht und Antrag 15049 Landabtretung einer Teilfläche der Parzellen Nrn. 1976 und 4044 am Bahnhofweg an die Anlagestiftung Swiss Life – Bewilligung

Die Behandlung und Diskussion über das Geschäft erfolgten unter dem vorhergehenden Traktandum.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Bewilligung der Landabtretung der Parzellen Nrn. 1976 und 4044 mit einer Teilfläche von netto 32m² am Bahnhofweg an die Anlagestiftung Swiss Life.

wird einstimmig zugestimmt (*eine Person befindet sich nicht im Saal*).

Motion 15030 betreffend Verlagerung aller Repol-Arbeitsplätze an die Wilstrasse 57

Christen Peter, SVP: Beim vorliegenden Geschäft geht es darum, den vorhandenen Polizeiposten im Gemeindehaus aufzulösen und die Arbeitsplätze an die Wilstrasse 57 zu verlegen. Wenn dem Gemeinderat ein Vorstoss nicht gefällt – Sie haben es vielleicht gelesen – wird umgehend mit Kosten gedroht, ohne objektiv auf den Vorstoss einzugehen. Lieber wird nochmals die politische Vorgeschichte, die Situation der eigenen Arbeitsplätze, die fehlende Fusswegerschliessung (150m entlang des FFH-Gebäude) oder die Richtigkeit der Bürgerorientierung erwähnt. Viele Worte, doch auf das Kernanliegen und die Beteiligten wird gar nicht eingegangen. Für die SVP steht die Sicherheit der Bevölkerung an der ersten Stelle. Diese kann nur gewährleistet werden, wenn die Polizeipräsenz mit Patrouillen auf der Strasse stattfindet und nicht hinter einem Schalter im Gemeindehaus oder – wie der Gemeinderat gedenkt – an zwei Standorten. Für uns ist es wichtig, dass die Verbandsgemeinden ihre Meinung zu dieser Lösung kundtun können. Wir wissen nicht, was die Verbandsgemeinden von diesem Vorgehen halten und dies, obwohl Verbandsgemeinden 50% der Gesamtkosten für den Erhalt des Postens im Gemeindehaus finanzieren. Müssen Sie künftig mit zusätzlichen Miet- und doppelten Infrastrukturkosten rechnen? Ich gehe davon aus, dass dies der Fall ist. Wie gehen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regionalpolizei mit dieser Entscheidung um? Ohne ein Prophet zu sein und ohne mit den beiden Herren Marcel Christen und Marco Veil gesprochen zu haben, weiss ich ganz genau, was in ihren Köpfen abgeht. Und zwar ein organisatorisches Problem und eine Splittung der Kräfte mit einer Besetzung eines Mannes im Gemeindehaus oben. Ein Mann ist kein Mann. Und glauben Sie ja nicht, dass ein Polizist eine Krisensituation im Gemeindehaus geradebiegt. Dieser ist ganz sicher immer zu spät. Wenn er nach der entsprechenden Lagebeurteilung überhaupt dazu kommt, sich hier zu involvieren. Ich gehe davon aus, dass die beiden Herren Marcel Christen und Marco Veil nicht gefragt wurden, ob sie das gut finden. Zuletzt fragen wir uns, weshalb der Gemeinderat bei jeder Gelegenheit erwähnt, dass das Gemeindehaus, seit der verloren gegangenen Abstimmung bei der Auslagerung des Betriebsamtes, zu wenig Platz bietet. Wir binden dort zwei Plätze, welche sicherlich anderweitig eingesetzt werden können. Die SVP hat zu viele offenen Fragen in diesem ganzen Geschäft. Diese Vorlage ist aus unserer Sicht ungenügend, wenn nicht unbrauchbar. Deshalb bitten wir den Gemeinderat zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen. Ich habe die Fragen im Vorfeld an Denise Strasser verteilt und die Presse hat sie ebenfalls erhalten.

1. Ist der Gemeinderat auf jeden zusätzlichen Arbeitsplatz im Gemeindehaus angewiesen? Oder kann er es sich leisten, zwei Arbeitsplätze der Regionalpolizei zu überlassen?
2. Hat diese doppelte Postenbesetzung finanzielle Auswirkungen bezüglich IT oder Mietkosten für die Regionalpolizei sowie die Verbandsgemeinden? Dies ist nirgends in den Antworten erwähnt.
3. Was halten die Verbandsgemeinden – explizit die Gemeinden Häggingen, Villmergen, Dottikon und Dintikon – von dieser Wohler Gemeinderatsentscheidung? So dass ihre Bevölkerung auch zukünftig den Schalter in unserem Gemeindehaus anfahren muss, denn diese kommen problemlos an die Aussenstellen hin.
4. Hat die Schalterbesetzung im Gemeindehaus Einfluss auf die Einsatzplanung (Patrouillentätigkeit und somit die Sicherheit im Gebiet) der Regionalpolizei? Ich glaube wir müssen kein Prophet sein, denn wir wissen dazu die Antwort.
5. Warum wird an der Wilstrasse eine Sicherheitszone und einen Lift für Tausende von Franken eingebaut, wenn dieser Posten der Bevölkerung nicht zur Verfügung steht. Was passiert nach dem Auszug der Regionalpolizei mit den diversen Arbeitsplätzen im Gemeindehaus?
6. Für den Gemeinderat ist die fehlende Fusswegerschliessung an der Wilstrasse – ich habe es bereits angesprochen – offensichtlich ein grosses Problem. An der Industriestrasse müssen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Firma FFH ohne Fusswegerschliessung ihren Arbeitsplatz erreichen. Diese Strasse ist nicht fest befahren und meines Wissensstandes nach ist dort noch keine brenzlige Situation entstanden. Das gleiche gilt für den Auto Käppeli. Auch diese Personen müssen diese 150m beim FFH-Gebäude auf der Strasse laufen, aber nachher hat es einen Kiesweg auf der Seite und die Strasse ist mit einer Zeichnung – auf welche die Autos nicht darauf dürfen – abgegrenzt. Die Wirtschaft

und ihre Kundschaft können anscheinend damit umgehen. Weshalb kann das die Gemeindeverwaltung nicht?

7. Was meint der Gemeinderat mit der Aussage in der Antwort zur Motion: «sind Investitionen in die Fusswegverbindung umgehend vorzunehmen?» Gibt es zusätzliche Kosten und was kostet uns dies?
8. Bürgerinnen- und Bürgerorientierung ist auch für die SVP wichtig. Die Sicherheit findet jedoch durch die Patrouillentätigkeit auf der Strasse statt und nicht durch Präsenz an einem Schalter, wenn ein Polizist wartet, bis jemand eine Hundemarke löst. Zudem gibt es heute genügend technische Einsatzmittel, welche auch unserer Regionalpolizei zur Verfügung stehen. Warum äussert sich der Gemeinderat nicht dazu?
9. Was passiert mit einem Bürger, der zufällig den Weg an die Wilstrasse findet und eine Dienstleitung der Regionalpolizei in Anspruch nehmen möchte? Wird er in das Gemeindehaus verwiesen oder darf er sein Anliegen vor Ort kundtun?
10. Wie viele Gemeinden in unserem Kanton können oder wollen sich den Service Public leisten oder anbieten? Eine Anlaufstelle für die Polizei in den eigenen Verwaltungsräumlichkeiten unterzubringen.

Eine Fraktionshaltung können wir aus dem vorliegenden Bericht und Antrag noch nicht bekanntgeben. Wir würden gerne diese zehn Fragen diskutieren und dies als Entscheidungsgrundlage für ein weiteres Vorgehen benützen. Mit den vorliegenden Erkenntnissen lehnen wir eine Entgegennahme als Postulat ab. Sie wissen genau, was passiert, wenn dies als Postulat «durchrutscht.» Dann verschwindet es in einer Schublade auf Jahre. Das haben wir mehrere Male erlebt. Ich schliesse mit diesen Ausführungen und bin gespannt auf die Diskussion, welche hier stattfinden wird. Behalten Sie einfach drei Sachen im Hinterkopf. Ein Mann ist kein Mann. Ressourcensplittung und zusätzliche Kosten, welche für etwas entstehen, was komplett nicht notwendig ist.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Eigentlich war ich als Redner für dieses Geschäft nicht vorgesehen. So werden sich anschliessend Vizeammann Thomas Burkard, als Vorsteher des Ressorts Liegenschaften & Anlagen und Gemeinderätin Denise Strasser, als Vorsteherin des Ressorts Sicherheit, zu diesem Thema äussern.

Mir geht es hier vorliegend um die Art und Weise sowie die Tonalität. Die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon und die Fraktion SVP haben diese Motion eingereicht. Die vorliegende Motion befasst sich zu Hundertprozent mit einem Diskussionsthema, welches bereits zweimal im Einwohnerrat behandelt worden ist. Es wurden die genau gleichen Themen abgehandelt. Der Gemeinderat hat in seiner Beantwortung dieser Motion – darin geht es nur um die Haltung des Gemeinderates – lediglich die damaligen Mehrheitsmeinungen hergeleitet und eine politische Einschätzung vorgenommen. Der Gemeinderat ist bereit, diesen Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Ich kann die an den Tag gelegte Art und Weise sowie die Tonalität gegenüber dem Gemeinderat nicht nachvollziehen. Überzeugen, um diesem Vorstoss zuzustimmen und ihn zu überweisen, müssen Sie ihre Kolleginnen und Kollegen hier im Rat. Schlussendlich handelt es sich nicht um einen vom Gemeinderat formulierten Bericht und Antrag, sondern um eine Motion, welche ihre Mehrheit im Einwohnerrat finden muss. Der Gemeinderat funktioniert – dies geht vielleicht manchmal vergessen – als Kollegialbehörde. Das heisst, dass wir die Fragestellungen besprechen und zu einem gemeinsamen Beschluss kommen. Wenn Sie jetzt an der Einwohnerratssitzung dem Gemeinderat zehn Fragen stellen, ohne dass sich der Gemeinderat darüber beraten konnte, können Sie nicht der Annahme sein, dass es sich um eine Kollegialmeinung des Gemeinderates handelt. Mir ist indessen nicht bekannt, wann Sie diese Fragen der Ressortvorsteherin Denise Strasser zugestellt haben. Das funktioniert so einfach nicht. Es funktioniert übrigens auch nicht, wenn man die Fragen im Einwohnerrat einfach vorliest. Das stellt nicht die Art und Weise dar, wie man politisiert. Es gibt die entsprechenden Instrumente dafür. Es gibt neben der Motion und des Postulats auch noch die Möglichkeit der Anfrage, in welcher Sie alle Ihre Fragen stellen können. So hätte der Gemeinderat zur richtigen Zeit auch korrekte Antworten geben können. Den Gemeinderat auf diese Weise nun vorführen zu wollen und einzelne Fragen so zu stellen, damit man zu einer Mehrheitsmeinung gelangt, stellt einfach nicht den richtigen Weg dar, wie man zusammen politisiert.

Burkard Thomas, Vizeammann: Ich gebe, wie bereits erwähnt, die Haltung des Gemeinderates zu dieser Motion betreffend der Verlagerung aller Repol-Arbeitsplätze an die Wilstrasse 57 wieder. Es handelt sich nicht – wie irrtümlich von Peter Christen angenommen – um einen Bericht und Antrag, sondern es geht lediglich um die Empfehlung des Einwohnerrates und die Haltung des Gemeinderates zu dieser Motion.

Der Gemeinderat hat in seiner Stellungnahme klar kundgetan, dass er bereit ist, diesen Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Es ist nicht so, wie in gewissen Medien-Erzeugnissen hartnäckig behauptet worden ist, dass der Gemeinderat den Repol-Schalter um jeden Preis im Gemeindehaus erhalten möchte. Vielmehr verschliesst sich der Gemeinderat dem Anliegen der Motionäre nicht, sondern signalisiert in seiner detaillierten Stellungnahme, dass er den Sachverhalt vertiefter prüfen möchte.

Die Situation präsentiert sich nämlich nicht ganz so einfach und muss differenzierter gesehen werden. Einerseits hat sich der Gemeinderat in den beiden Vorlagen an den Einwohnerrat für die Projektierung wie auch für den Verpflichtungskredit für die Realisierung respektive die Medienmitteilung dazu und auch in der Einwohnerratsdebatte vom 21. März 2022 immer dahingehend geäussert, dass die zentrale Anlaufstelle der Regionalpolizei im Gemeindehaus verbleibe. Diese Ansicht ist auch von einer Mehrheit der Parteien im Einwohnerrat unterstützt worden, weil man der Ansicht war, öffentliche und publikumsorientierte Einrichtungen müssten für die gesamte Bevölkerung, also auch für mobilitätseingeschränkte Personen und solche, die nicht mit einem Fahrzeug kommen, sicher und bequem erreichbar sein. Und das ist zurzeit an der Wilstrasse 57 erwiesenermassen nicht gegeben. Sprich, es fehlt die passende, sichere Fusswegerschliessung. Mittelfristig wird der Ausbau einer solchen Verbindung nötig sein. Dazu müsste ein entsprechendes Vorprojekt gestartet werden. Das ist die eine Sicht der Dinge. Andererseits ist die Zeit, seit der Verpflichtungskredit vom Einwohnerrat genehmigt worden ist, auch nicht stehen geblieben. Das Gemeindehaus platzt aus allen Nähten. Mittlerweile wird um jeden Quadratmeter Bürofläche gerungen. Sämtliche Sitzungszimmer im Gemeindehaus wurden in Arbeitsplätze umgenutzt. Trotz verschiedenster Massnahmen kann die Gemeinde Wohlen mittlerweile nicht mehr genügend Arbeitsplätze – und auch nicht arbeitskonforme – zur Verfügung stellen.

Unter diesem Aspekt ist die Verlegung des bedienten Schalters der Repol an die Wilstrasse zu begrüssen. Wir brauchen im Gemeindehaus dringend mehr Arbeitsplätze und Büroflächen. Zudem teilt auch der Gemeinderat die Haltung der Motionäre, dass es für die Repol arbeitstechnisch und organisatorisch einfacher ist, wenn die Mannschaft und der Schalter am gleichen Ort beheimatet sind. Aufgrund all dieser Aspekte beantragt der Gemeinderat, die Motion als Postulat zu überweisen, um die nötigen Abklärungen treffen zu können. Wenn der Einwohnerrat die Motion überweist, sind mittelfristig Investitionen in die adäquate Fusswegverbindung vorzunehmen.

Strasser Denise, Gemeinderätin: Ich gebe die Haltung des Gemeinderates in Bezug auf die Organisation des Polizeischalters bekannt. Die Regionalpolizei Wohlen ist zusammen mit der Kantonspolizei für das Gebiet Wohlen und Umgebung zuständig. Polizeieinsätze werden dabei von der Einsatzzentrale der Kantonspolizei Aargau an die Streifenwagenbesatzung der Regionalpolizei zugewiesen. Mindestens ein Streifenwagen der Regionalpolizei befindet sich rund um die Uhr auf der Strasse im Einsatz. Für die Polizei und die Gewährleistung der Sicherheit spielt es keine Rolle, wo sich der Standort des Polizeiposten befindet. Jeder Auftrag wird standortunabhängig zu jeder Zeit erfüllt und die Bevölkerung im Gebiet der Regionalpolizei wird unterstützt. Bei dieser ganzen Thematik gibt es viele unterschiedliche Aspekte, gerne gebe ich Ihnen die Sicht der Regionalpolizei – also der direkt Betroffenen – bekannt.

Punkt 1 – Service public

Die Regionalpolizei Wohlen hat in einem Zeitrahmen vor einigen Monaten eine Erhebung der Kundenbedürfnisse durchgeführt. Davon sind 30% – die grösste Position – Auskunftserteilungen. Da der grösste Teil der Besuch am Schalter der Regionalpolizei die Erteilung von Auskünften betrifft, wird auch ein entsprechendes Fachwissen gefordert. Die Zivilangestellten können dies nicht immer umfassend abdecken und sind deshalb – in Bezug auf Informationserteilungen – auf die Anwesenheit eines Polizisten angewiesen. Der Fachbereich der Regionalpolizei gestaltet sich sehr vielseitig. Es kann somit sein, dass auch der Anwesende Polizist bei gewissen Fragestellungen keine Antwort erteilen kann und den Kunden an den Schalter an der Wilstrasse verweisen muss. Ein solche Doppelspurigkeit soll vermieden werden. Zudem richten sich die heute nach denjenigen des Gemeindehauses. An der Wilstrasse würde die Möglichkeit bestehen, die Öffnungszeiten offener und somit kundenfreundlicher zu gestalten.

Punkt 2 – Sicherheit Verwaltungspersonal

Der Betrieb eines Polizeischalters im Gemeindehaus vermittelt eine falsche Sicherheit für die anderen Abteilungen der Gemeinde. Vor Ort wird sich lediglich ein Polizist befinden, welcher aufgrund des vorhandenen Interventionsdoktrin nicht handeln darf. Es müsste in jedem Fall eine mobile Patrouille aufgeboden werden.

Punkt 3 – Vertragsgemeinden

Die Führung von mehreren Standorten beschäftigt die Polizei schon seit der Gründung im Jahr 2004. Über die Jahre hinweg hat es sich als äusserst ineffizient erwiesen, die Regionalpolizei an verschiedenen Standorten zu positionieren. Dies wurde den angeschlossenen Vertragsgemeinden Dottikon und Villmergen entsprechend mitgeteilt, als ihre Schalter geschlossen worden sind. Der Regionalpolizei Wohlen sind die sieben Vertragsgemeinden Dottikon, Dintikon, Hägglingen, Villmergen, Waltenschwil, Büttikon und Uezwil angeschlossen. Das heisst die Hälfte der Kunden kommt nicht einmal aus der Gemeinde Wohlen. Ebenfalls gilt es zu erwähnen, dass bereits heute ein Grossteil der Anfragen und Dienstleistungen elektronisch getätigt werden können und dies wird in Zukunft weiter zunehmen. In meinen 42 Lebensjahren musste ich jedenfalls noch nie an einen Polizeischalter. Es ist somit nicht so, dass man den Polizeischalter jede Woche aufsuchen muss und sich dann ärgert, weil er sich ausserhalb des Zentrums befindet. Es gibt somit – wie bereits erwähnt – mehrere Aspekte zu berücksichtigen. Aus Sicht der betroffenen Regionalpolizei bitte ich allerdings eine sachliche Sicht einzunehmen. Bezüglich der Fragen der SVP werde ich einige davon beantworten:

Was halten die Verbandsgemeinden – explizit die Gemeinden Hägglingen, Villmergen, Dottikon und Dintikon – von diesem Wohler Gemeinderatsentscheid? So dass ihre Bevölkerung auch zukünftig den Schalter in unserem Gemeindehaus anfahren muss, denn diese kommen problemlos an die Aussenstelle hin.

Es handelt sich nicht um Verbandsgemeinden, sondern um Vertragsgemeinden. Die Thematik wurde in der Repol-Kommission besprochen. Die Vertragsgemeinden haben sich für einen Schalter an der Wilstrasse ausgesprochen. Da es sich um Vertragsgemeinden handelt, kaufen sie bei uns die Dienstleistung ein und verfügen über kein Mitspracherecht.

Was passiert nach dem Auszug der Regionalpolizei mit den diversen Arbeitsplätzen im Gemeindehaus?

Es spielt keine Rolle, ob die Regionalpolizei ganz aus dem Gemeindehaus auszieht oder noch mit einem Schalter bleibt. Der zweimonatige Ausbau beginnt in Kürze. In dieser Zeit ist der Repol-Schalter geschlossen. Das bedeutet, dass sich der Schalter der Repol sicher zwei Monate an der Wilstrasse befinden wird. Wenn man sich heute dafür ausspricht, dass der Schalter im Gemeindehaus verbleiben soll, dann wird er nach der Umbauphase wieder zurück in das Gemeindehaus verlegt. Für die Abteilungen findet dann eine Umverteilung statt. Betroffen davon sind die Abteilungen Sozialen Dienste und Planung, Bau & Umwelt.

Für den Gemeinderat ist die fehlende Fusswegerschliessung an der Wilstrasse – ich habe es bereits angesprochen – offensichtlich ein grosses Problem. An der Industriestrasse müssen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Firma FFH ohne Fusswegerschliessung ihren Arbeitsplatz erreichen. Diese Strasse ist nicht fest befahren und meines Wissensstandes nach ist dort noch keine brenzlige Situation entstanden. Das gleiche gilt für den Auto Käppeli. Auch diese Personen müssen diese 150m beim FFH-Gebäude auf der Strasse laufen, aber nachher hat es einen Kiesweg auf der Seite und die Strasse ist mit einer Zeichnung – auf welche die Autos nicht darauf dürfen – abgegrenzt. Die Wirtschaft und ihre Kundschaft können anscheinend damit umgehen. Weshalb kann das die Gemeindeverwaltung nicht?

Es handelt sich um eine kantonale Verordnung, an welche wir uns halten müssen. Für die öffentlichen Einrichtungen muss der Kundschaft ein sicherer Fussweg gewährt werden. Hiervor werden wir uns nicht drücken können. Auch einige ansässige Firmen haben sich, betreffend besserer Fusswegverbindungen für ihre Mitarbeitenden, bereits bei der Gemeinde gemeldet.

Fraktionsmeinungen

Meyer Meinrad, Die Mitte: Ich danke dem Gemeinderat für die präzisen Ausführungen zu diesem Thema. Viel gute Argumente wurden bereits genannt. Ich möchte jedoch daran erinnern, dass es jetzt nicht um die Lösungsfindung geht, sondern es geht lediglich um die Überweisung einer Motion oder allenfalls um deren Umwandlung in ein Postulat. Es geht noch nicht um die Lösungen. Die Mitte-Fraktion erachtet es als falsch, alle Repol-Arbeitsplätze an die Wilstrasse zu verlegen. Der Service Public für die Einwohnergemeinde und die Sicherheit für die Angestellten im Gemeindehaus bedingen einen besetzten Repol-Schalter im Gemeindehaus und das mit zwei Polizisten, so sind diese auch handlungsfähig. So dass man eben keine Patrouillen ins Gemeindehaus beordern muss. Es stellt auch eine Abschreckung für diejenigen dar, welche die Absicht haben irgendetwas Schlechtes im Gemeindehaus zu tun. Es ist richtig, wenn die Polizei dort präsent ist. Die Wilstrasse ist mit dem öffentlichen Verkehr nur umständlich und mit einem zusätzlichen Fussmarsch zu erreichen. Das ist für einen notwendigen Gang zur Polizei, zum Beispiel einen Diebstahl von einem Handy zu melden, nicht für alle Einwohner zumutbar. Betagte Personen oder Personen im Rollstuhl wären stark benachteiligt. Wir alle wissen ja, dass die Kantonspolizei keinen Posten mehr in Wohlen hat. Deshalb ist ein Polizei-Schalter im Gemeindehaus unabdingbar. Aus diesen Gründen unterstützt die Mitte-Fraktion weder die Motion 15030 noch eine Umwandlung in ein Postulat. Wir lehnen beides ab.

Stäger Dieter, FDP/Dorfteil Anglikon: Es freute mich ausserordentlich als ich aus den Voten des Gemeinderates herausgehört habe, dass ein Umdenken stattfindet. Man darf ja bekanntlich auch klüger werden.

Ich kann nachvollziehen, dass von übergeordneter Stelle gewisse Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Das ist jedoch nicht etwas, was sofort gemacht werden muss. Man könnte sogar mit einem sogenannten «Aargauer Trottoir» beginnen. Dies kann man genau planen, denn die Unternehmung «brings!», welches den meisten Verkehr verursacht, wird bald in die Gemeinde Villmergen umziehen. Was übrigens schade ist, aber dies ist ein anderes Thema. Wenn wir ehrlich sind, bringt ein Schalter im Gemeindehaus nichts. Für was muss man denn tatsächlich den Schalter der Repol aufsuchen? Eigentlich nur, wenn die Identitätskarte abhandenkommt. Alles andere kann man entweder telefonisch oder online machen. Ansonsten gibt es keinen Grund mehr, persönlich an einen Schalter der Regionalpolizei zu gehen. Handelt es sich um einen schweren Tatstrafbestand, muss ohnehin die Kantonspolizei in Muri aufgesucht werden. Mit nur einem Polizist im Gemeindehaus wird lediglich eine Scheinsicherheit vermittelt. Stellen Sie sich vor, im Sozialamt wird ein Mitarbeiter abgegriffen. Bis der Polizist von unten nach oben gerannt ist, ist die Geschichte schon vorbei. Ich bin davon überzeugt, dass beim Empfang von schwieriger Kundschaft, zum Beispiel beim Betreibungsamt, immer die Unterstützung der Regionalpolizei angefordert werden kann. Dafür benötigt es keinen dauerhaft besetzten Schalter im Gemeindehaus. Für mich stellt das Argument man wolle «Service Public» machen reine Augenwischerei und teilweise Wahlkampf Der Mitte dar. Die Polizei gehört auf die Strasse und nicht in das Büro. Die Polizei ist ohnehin bezüglich Personal schon knapp dotiert. Anstellungen gestalten sich ja schwierig. Diese knappen Ressourcen sollten wirklich für unsere Sicherheit eingesetzt werden und nicht für ein Feigenblatt im Gemeindehaus.

Weiter stellt sich die Frage, ob wir uns das wirklich leisten können und wollen. Zwei Arbeitsplätze im Gemeindehaus redundant zu besetzen, obwohl wir an der Wilstrasse auch Arbeitsplatz geschaffen haben. Der Blick in Jahresrechnung und Budget zeigt doch, dass wir doch etwas sorgsamer mit den vorhandenen Ressourcen umgehen sollten. Wenn es notwendig ist, bin ich auch bereit Geld auszugeben, aber dies stellt nur purer Luxus dar. Für mich persönlich stellt es auch noch etwas «romantisches» Denken dar. Man hat das Gefühl, wenn sich der Polizist im Haus befindet, dann ist man geschützt. Ich glaube, diese Zeiten sind in dieser Form definitiv vorbei.

Es kann eigentlich heute Abend nur eines geben, nämlich dieser Motion zuzustimmen. Wenn wir es nun in ein Postulat umwandeln, dann nehmen wir dem Gemeinderat den Zeitdruck weg, die nun neu freiwerdenden Büros auch tatsächlich für die Abteilungen herzurichten. So werden die Büros für die Rückkehr der Regionalpolizei ins Gemeindehaus eingerichtet und anschliessend müssen sie wieder zurückgebaut werden. Das kann es ja auch nicht sein. Aus diesem Grund empfehlen wir Ihnen die Umwandlung in ein Postulat nicht und die Überweisung der Motion zu unterstützen.

Manimanakis Corinne, SP: Ich gebe die Fraktionsmeinung der SP zur Verlegung des Polizeischalters an die Wilstrasse bekannt. Aus unserer Sicht kann man sich für dieses oder gegen dieses Vorhaben aussprechen. Klar wäre schön und praktisch, wenn sich die ganze Repol an einem Ort befinden würde und man nebenbei gerade noch etwas mehr Platz im Gemeindehaus bekommt. Doch was ist die cleverste Variante und was würde am meisten Sinn ergeben. Einen solch oft beanspruchten Schalter und Anlaufstelle an einen vom Zentrum so weit entfernten Ort zu verlegen stellt für mich ein No-Go dar. Es müsste eine neue Buslinie geschaffen werden. Dies heisst dann aber, dass dies finanzielle Auswirkungen haben würde. Nur wenig Platz kann im Gemeindehaus dadurch verschafft werden. Zu gering für den stark besuchten Schalter der direkt daneben platzierten Einwohnerkontrolle mit welcher – beispielsweise beim Verlust der ID-Karte, Synergien genutzt werden können. Ob es einen grossen Unterschied macht, wenn der Polizist den Schalter im Gemeindehaus bedient oder ob er am neuen Domizil arbeitet, können wir nur schwer abschätzen. Der Motionär offenbar auch nicht ganz. Es müsste schon einen grossen Vorteil mit sich bringen, welcher einen Umzug rechtfertigt. Aus unserer Sicht bieten wir der Bevölkerung einen Service Public mit einem Posten im Dorf. Daran sollten wir denken. Es stellt sich die Frage, wie lange es solche Polizeiposten noch benötigt. Irgendwann wird man wohl alles digital erledigen können. Die SP wird der Motion nicht zustimmen. Für die Überweisung als Postulat könnte es sein, dass eine teilweise Zustimmung erfolgt.

Keller Anna, Grüne: Wir haben uns immer für einen Repol-Schalter im Gemeindehaus ausgesprochen und bleiben auch dabei. Der Schalter soll vorläufig zentral im Gemeindehaus bleiben. Man muss gut zu Fuss oder mit dem Fahrrad anreisen können. Es wurde heute gesagt, dass es diesen Schalter gar nicht braucht. Ich kann Ihnen jedoch zwei Beispiele nennen. Franziska Matter Schlein musste für die Hundemarke an den Schalter. Ich selbst erwarb eine Parkkarte und konnte diese somit nicht online lösen. Wenn es eine sichere Fusswegverbindung, ein Fahrradweg oder eine Bushaltestelle an der Wilstrasse gibt, dann kann man – unserer Meinung nach – wieder über eine Aufhebung des Postens im Gemeindehaus sprechen. Zum jetzigen Zeitpunkt erachten wir es als falsch. Wir sind aus diesem Grund gegen eine Überweisung dieser Motion. Sollte der Vorstoss doch noch in ein Postulat umgewandelt werden, würden wir uns allenfalls eine Zustimmung noch überlegen.

Frischknecht Julia, GLP/EVP: Wir werden der Motion auch nicht zustimmen. Wir sehen zwar die verschiedenen Pro- und Kontraargumente und sind auch für eine Bündelung der Ressourcen und eine effizientere Arbeitsausführung, aber es ist uns auch wichtig, dass die Ideen mit Bedacht erarbeitet werden. Wir haben seitens des Gemeinderats schon verschiedene Möglichkeiten erfahren. Der Gemeinderat ist offenbar auch dahingehend geneigt, dass der Posten vom Gemeindehaus an die Wilstrasse verlegt wird. Es muss allerdings erst alles richtig geprüft werden. Diesem Vorgehen können wir zustimmen. Thomas Burkard erwähnte, dass genau vor einem Jahr, am 21. März 2022, dieses Thema bereits im Einwohnerrat behandelt worden ist. Damals stützte der Einwohnerrat den Vorschlag mit dem Verbleib des Repol-Schalters im Gemeindehaus mit einer Mehrheit. Bereits zu diesem Zeitpunkt waren die Platzverhältnisse im Gemeindehaus bereits sehr eng. Darum werden wir der Motion so nicht zustimmen. Sollte es eine Umwandlung in ein Postulat geben, würden wir dies unterstützen. Wir appellieren jedoch auch an den Gemeinderat und alle Zuständigen, dass man den Ausbau von digitalen Lösungen prüfen soll. Sollte der Schalter im Gemeindehaus verbleiben, so würden wir es begrüessen, wenn man Abklärungen betreffend dessen Notwendigkeit tätigt.

Einzelvoten

Lütolf Harry, Die Mitte: Dieter Stäger hat vorhin kolportiert, Die Mitte leiste sich einen Wahlkampf-Gag, indem sie sowohl die Motion wie auch das Postulat ablehnt. Meines Wissens findet der nächste kommunale Wahlkampf in zwei Jahren statt. Es freut uns, dass er uns so viel Weitsicht attestiert, bereits zwei Jahre im Voraus Wahlkampf zu betreiben. Ich glaube dies würde auch unsere Ressourcen sprengen. Es handelt sich natürlich nicht um einen Wahlpampf-Gag. Wie bereits gesagt wurde, wurden die Fronten im Einwohnerrat genau vor einem Jahr abgesteckt. Es gab einen Konsens zwischen der SP, der GLP, den Grünen, der EVP und bei Der Mitte, dass das seitens der SVP und der FDP dargelegte Vorhaben so nicht klappen kann und wir dies so nicht unterstützen können. Wir empfinden es als Zwängerei, dass der damals mit einem klaren Mehr gefällte Entscheid keine Beachtung findet und man wieder darauf zurückkommen möchte. Zudem stört mich, dass die beiden Fraktionen, SVP und FDP, Wohlen anschauen wie ein «Kaff». Gemäss dem kantonalen Richtplan ist die Gemeinde Wohlen eine Kernstadt. Die Wohler bezeichnen es

zwar selbst gerne noch als Dorf, obschon es durchaus einen städtischen Charakter gibt. Wohlen ist eine Kernstadt. Es ist die viertgrösste Gemeinde in diesem Kanton. Wenn man die drei grösseren Gemeinden – Aarau, Baden und Wettingen – anschaut, dann haben sie alle einen Polizeiposten in unmittelbarer Nähe des Rathauses oder im Zentrum der Stadt. In Wohlen soll es nun so sein, dass die Bürgerinnen und Bürger irgendwo an die äusserste Grenze der Gemeinde laufen müssen, wenn sie die Dienstleistungen der Polizei in Anspruch nehmen müssen. Diese Dienstleistungen werden tatsächlich erbracht. Das kann der Chef der Repol besser ausführen als ich. Es wurde auch gesagt, was an Dienstleistungen bezogen wird. Anna Keller zählte welche auf, ich ergänze zum Beispiel mit Fundgegenständen. Gemäss Zivilgesetzbuch ist man verpflichtet, Fundgegenstände abzugeben. Diese gibt man bei der Polizei ab. Ich möchte doch jetzt nicht mit einem gefundenen Portemonnaie an die Wilstrasse laufen. Dann werfe ich das Portemonnaie doch in den Abfalleimer. Kann man das Portemonnaie hingegen direkt beim Gemeindehaus abgeben, dann gehe ich gerne dorthin. Klar kann man viele Dinge online machen. Aber denken Sie bitte an die ganze Bevölkerung der Gemeinde. Es gibt junge und vor allem auch alte Menschen. Es sind nicht alle Menschen versiert mit dem Internet und mit dem Gebrauch von neuen Medien. Ältere Menschen müssen tatsächlich noch ihr Anliegen am Schalter der Regionalpolizei im Gemeindehaus persönlich vortragen. Sie sind froh, können sie das so tun. Der SVP ist vor allem die Sicherheit ein wichtiger Punkt. Klar, auch für uns stellt dies ein wichtiger Punkt dar. Denken Sie aber nicht nur an die Sicherheit der Bewohnerinnen und Bewohner dieser Gemeinde, sondern denken Sie auch an die Mitarbeitenden im Gemeindehaus. Es handelt sich hier um eine grosse Verwaltung. Und Leute, welche gefährlich sein könnten, die melden sich üblicherweise nicht vorgängig an. Man kann nicht die Repol vorher informieren, dass später vielleicht ein schwieriger Kunde auf das Betreibungsamt oder Sozialamt kommt. Der kommt einfach und ist schwierig. Dann macht es doch garantiert einen Unterschied, ob sich die bewaffnete Polizei unten Parterre befindet und schnell zur Verfügung steht oder ob die Polizei erst noch von weit her zum Gemeindehaus hinfahren muss. Es ist doch klar, auch wenn sie nur eine Minute benötigen, um hinaufzurennen. Man kann jetzt sagen, dass ist zu lang. Es ist aber besser eine Minute zu haben, als wenn sie fünf oder zehn Minuten für die Anreise brauchen, weil sie sich nicht gerade in der Nähe des Gemeindehauses befinden. Der Sicherheitsaspekt für die Mitarbeitenden der Gemeinde stellt für Die Mitte ein zentraler Aspekt dar. Dieser ist besser gewährleistet, wenn sich die bewaffnete Polizei im Haus befindet und eingreifen kann. Zudem schreckt dies auch ab. Es ist ein Unterschied, wenn man weiss, dass sich die Polizei im Haus befindet. Wenn ich also beabsichtige im Gemeindehaus Radau zu machen, dann habe ich sicher ein grösseres Problem, wenn sich die Polizei darin befindet. Das sind unsere Überlegungen, welche sicher gegen die Motion aber auch gegen das Postulat sprechen.

Parvex Olivier, GLP: Ich möchte kurz Peter Christen Antwort geben. Er hat unsere Firma angesprochen. Unsere Mitarbeitenden kommen selbstverständlich mit dem Auto. Sie laufen nicht die Industriestrasse hinaus. Unsere Mitarbeitenden kommen weder mit dem Rollstuhl noch mit dem Rollator zur Arbeit. Würden sie ohne Fahrzeug kommen wollen, dann gäbe es eine Bushaltestelle. Als gemütlicher Spazierweg kann man die Industriestrasse sicher nicht bezeichnen. Es handelt sich um eine hochkriminelle Strasse, wenn man darauf zu Fuss unterwegs ist. Es hat Lastwagen und es ist die Zufahrt zum Parkhaus der Digitec mit 960 Parkplätzen. So wie der Weg sich jetzt zeigt, ist er sicher nicht geeignet, um auf den Polizeiposten zu gelangen.

Eine Anmerkung zur digitalen Lösung, welche wir uns durchaus vorstellen können. Man kennt es vielleicht von den Bankschaltern. Es gibt einen grossen Bildschirm im Gemeindehaus, man kann dort einen Knopf drücken – dies trauen wir allen zu – dann wird eine Live-Verbindung an die Wilstrasse aufgebaut und dann wird man von einem Polizisten begrüsst. Dies wäre aus unserer Sicht eine mögliche digitale Lösung und ein Kompromiss, welcher man prüfen könnte, sollte der Posten schlussendlich definitiv an die Wilstrasse verlegt werden.

Strasser Denise, Gemeinderätin: Ich möchte nochmals betonen, dass es sich bei der Schalterbesetzung jeweils um einen Polizisten und eine zivilangestellte Person handelt. Es befinden sich nicht zwei Polizisten im Gemeindehaus. Der Polizist darf nicht eingreifen, weil er alleine ist. Ein einzelner Polizist kann nichts machen. Es handelt sich hier wirklich um eine Scheinsicherheit. Es hat jedoch sicher auch eine abschreckende Wirkung. Unsere Vertragsgemeinden kommen auch an den Schalter in Wohlen. Etwa 50% der Kunden sind aus den Vertragsgemeinden. Bei denen geht es ja auch. Irgendwie kommt man schon an diesen Schalter.

Pascolin Laura, SP: Als erstes möchte ich mich bei Harry Lütolf und Dieter Stäger für den Wahlkampfauftakt bedanken. In der modernen Verwaltung «New Public Management» stellen Kundenorientierung und Kundenzufriedenheit strategische Ziele dar. Die rasche Erreichbarkeit der zuständigen Stelle – in diesem Fall ein Bürgerbüro im Gemeindehaus – erfüllt diesen Trend. Somit wäre ein gewisser Service Public gegeben. Ich kann die Motion der FDP und SVP auch nachvollziehen, die gesamte Repol an die Wilstrasse auszulagern. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht macht es auch Sinn. Einerseits mit der Effizienzsteigerung und andererseits wird es auch keine grosse Abwanderung von Kunden geben, wenn sich die Repol nur an der Wilstrasse befindet. Dies wäre in der Privatwirtschaft anders. Ich möchte Ihnen deshalb beliebt machen, dass man in diesem Fall auf die Bedürfnisse der älteren Menschen oder von Menschen mit eingeschränkter Mobilität Rücksicht nimmt und die Motion als Postulat überweist, damit der Gemeinderat weitere detaillierte Abklärungen machen kann.

Breitschmid Manfred, SVP: Man hört deutlich und klar, dass der Gemeinderat dies auch möchte. Ich habe von den beiden Vertretern nichts Gegenteiliges gehört. Sehr viele Argumente sprechen dafür, dass der Posten im Gemeindehaus aufgehoben wird. Ich denke, es gibt einige hier im Saal, welche nicht wissen, was ein Postulat ist. Vielleicht kann der Gemeinderat kurz beschreiben, wann er diesen Vorstoss als Postulat umzusetzen gedenkt. Hat der Gemeinderat einen Zeithorizont? Gibt es Sachen, welche nicht umsetzbar sind oder auch die Umsetzung des Postulats gänzlich verhindern? Vielleicht sieht der Gemeinderat aus der heutigen Sicht eine Möglichkeit, möchte jedoch noch einige Sachen überprüfen. Zum Beispiel das Problem mit dem Fussgängerweg. Ein guter Ansatz erachte ich den Lösungsvorschlag mit Bildschirm oder auch anderes. Es gibt ja auch Zivilangestellte, welche einen Teil der Anfragen heute und auch in Zukunft beantworten können. Wenn man die Distanzen betrachtet, habe ich nicht den Eindruck, dass wir die letzte Provinzstadt im Kanton Aargau sind, wenn wir dies machen. Wenn ich Baden anschau und in Dättwil wohne, dann kann ich auch nicht aus dem Haus hinaus und gleich in den nächsten Polizeiposten gehen. Ich muss auch nach Baden reisen. Ich sehe kein Problem damit, wenn sich alles auf die Wilstrasse konzentriert. Meine Frage ist, wie der Gemeinderat mit diesem Postulat umgeht und wie ernst nimmt er das. Vielleicht gibt es ja heute einen Konsens in diesem Saal.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Wir befinden uns in der letzten Umbauphase der Lokalität für die Regionalpolizei an der Wilstrasse. Aus diesem Grund sind wir einfach froh, wenn wir heute zu einem Entscheid gelangen. Anlässlich der Einwohnerratssitzung vom 21. März 2022 erfolgte genau die gleiche Diskussion zum Baukredit vom genau gleichen Parlament mit den genau gleichen Argumenten. Dafür oder dagegen. Es hat sich somit nichts an der Ausgangslage geändert. Die Frage, welche Sie sich stellen müssen, ist, ob sich bei Ihrer politischen Einschätzung in der Zwischenzeit etwas geändert hat. Vielleicht aufgrund neuer Erkenntnisse oder weil ein neuer Aspekt hinzugekommen ist.

Der Gemeinderat hat seine Haltung anfangs Januar 2023 versendet. In der Zwischenzeit sind wir natürlich nicht untätig geblieben. Eine allfällige Fusswegverbindung, welche geschaffen werden müsste, wurde mit einer Kostenschätzung bereits in den Finanzplan aufgenommen. Ein Vorprojekt besteht allerdings nicht. Falls man zum Entschluss kommt, diesen Posten zu verschieben, dann müsste ein «Aargauer Trottoir» als zwingender Ausbau erstellt werden. Dies würde mutmasslich einige hunderttausend Franken kosten. Gleichzeitig hat der Gemeinderat auch Eventualplanungen vorgenommen, sodass wir für beide Ausgangslagen parat sind. Die entsprechenden Umbauarbeiten können somit rasch ausgelöst werden. Die Planungen wurden somit vorangetrieben. Ihre Entscheidung heute stellt für den Gemeinderat den Wegweiser dar, wie er das Ganze umsetzen wird. Ich möchte betonen, dass es in der Kompetenz des Gemeinderates liegt, die Verwaltung richtig zu organisieren. Die Aufgabe des Parlaments ist es, die entsprechenden Mittel dafür zur Verfügung zu stellen. Wir werden uns die entsprechende Freiheit nehmen um dies zu entscheiden. Der Gemeinderat hat die Ausgangslage aufgezeigt. Äussern Sie sich dahingehend, wo sich der Posten in Zukunft befinden soll. Es wird kein sehr grosser Abklärungsbericht mehr geben, sondern wir werden direkt in die Umsetzung gehen.

Keller Samuel, FDP: Ich danke Harry Lütolf bezüglich dem Thema des verlorenen Portemonnaies. Ich habe mir Gedanken gemacht, wo dass man denn ein Portemonnaie verlieren könnte. Dies wäre wohl am Bahnhof, im Coop oder in der Migros. Der Weg von dort wäre dann näher an die Wilstrasse als zum Gemeindehaus. Das heisst alle Argumente bezüglich Service Public, welche bislang geäussert wurden, sprechen für die Wilstrasse.

Büchi Roland, SVP: Ich möchte eigentlich Fragen an den Repol-Chef stellen. Ich möchte wissen, ob ein Schalter im Gemeindehaus Auswirkungen auf die Dienstplanänderung bezüglich der Patrouillen mit sich bringt. Ist dies nötig und wie sieht es mit dem Bestand der Regionalpolizei aus. Verfügen wir über genügend Polizisten oder eher zu wenig.

Strasser Denise, Gemeinderätin: Ich bitte Marco Veil diesbezüglich Stellung zu nehmen.

Veil Marco, Chef Regionalpolizei: Es handelt sich um ein hochemotionales, politisches Thema. Ich bin angestellt bei der Gemeinde Wohlen. Aus diesem Grund werde ich mich nicht dazu äussern.

Stäger Dieter, FDP, und Christen Peter, SVP, teilen mit, dass sie mit einer Umwandlung in ein Postulat einverstanden sind.

Abstimmung

Das Postulat 15030 betreffend Verlagerung aller Repol-Arbeitsplätze an die Wilstrasse 57

wird mit 27 Ja-Stimmen zu 9 Nein-Stimmen überwiesen.

71 0.011.2 Einwohnerrat; Motionen, Postulate und Anfragen

**Antwort zur Anfrage 14139 betreffend Gemeindeammann- und
Vizeammann-Wahl, Publikation der vereinzelt gültigen Stimmen**

Stäger Dieter, FDP/Dorfteil Anglikon: Es wird keine Diskussion verlangt. Wir sind jedoch, wie immer, nicht ganz zufrieden mit der Beantwortung.

Motion 15046 betreffend Behebung der unbefriedigenden Protokollierung der Gemeindewahlen an der Urne

Lütolf Harry, Die Mitte: Ich möchte den Einwohnerratspräsident nur ungern korrigieren. Leider muss ich dies zu Händen des Protokolls jedoch tun. Es handelt sich um eine Motion der Fraktion Die Mitte und nicht um einen persönlichen Vorstoss von mir.

Sie mögen sich alle lebhaft an die Vorgänge erinnern, welche dieser Motion zugrunde liegen. Es wurde viele geschrieben und gesagt in diesem Dorf. Vor allem war es ein sehr grosser Kraftakt und eine sehr grosse Anstrengung, dass wir als Motionäre, zu unserem Recht gekommen sind. Nur schon, dass wir diese Motion einreichen durften, und dass diese an Sie alle hat zugestellt werden können, war eine sehr grosse Übung. Dass wir hier im Saal überhaupt darüber diskutieren dürfen, war ebenfalls eine sehr grosse Übung. Uns wurden diesbezüglich, vom Gemeinderat, wirklich massive Steine in den Weg gelegt. Er hat sich mit Händen und Füssen gewehrt, diese Motion zu behandeln und diese Motion überhaupt dem Einwohnerrat zuzustellen und der Öffentlichkeit in diesem Sinne zur Kenntnis zu bringen. Er hat sich mit Händen und Füssen geweigert. Er hat zwei Mal – ich kann es nicht anders sagen und sage, wie es ist – zwei Mal verloren und entsprechend einstecken müssen. Wir haben daraus Erkenntnisse gewonnen, was gut ist. Insofern hat sich der Weg etwas gelohnt. Wir haben die Erkenntnis gewonnen, dass es nun im Ratsbüro klar ist, wer stimmberechtigt ist und wer nicht. In unserem eigenen Ratsbüro, welche nicht abstimmen dürfen und es aber trotzdem gemacht haben. Diese Frage konnte geklärt werden. Zudem haben wir die Klarheit darüber, dass solche Motionen in der Gemeinde eingereicht werden dürfen. Es ist zulässig dies zu machen. Dies wurde seitens des Gemeinderates vehement bestritten mit der Begründung, dass es nicht zulässig ist, ungültig. Ich schreibe das dem Gemeinderat zu. Formell wird dies zwar dem Ratsbüro zugeschoben. Es war jedoch effektiv der Gemeinderat, der dies so nicht wollte, sowie die ausführenden Organe der Gemeindeverwaltung, insbesondere der Gemeindegemeinderat. Wir können das nun nicht auf uns sitzen lassen, wenn diese Motion – nach dieser Herkulesaufgabe – sang- und klanglos einfach versenkt werden würde. Wenn Sie als Einwohnerrat dieser Motion nicht zum Durchbruch verhelfen können, dann können wir dieses Parlament eigentlich gleich schliessen. Denn dann sind wir ein «Kasperli-Theater». Die Gewaltenteilung in diesem Dorf findet nicht statt. Wir lassen uns vorführen durch den Gemeinderat und die Gemeindeverwaltung. Das kann es ja nicht sein. Wir möchten, dass in dieser Gemeinde – wie in der Vergangenheit, seit Jahrzehnten – bei kommunalen Wahlen, insbesondere bei denjenigen des Gemeinderates, alle Stimmen ausgezählt werden und transparent bekannt gemacht werden. Dies ab einer bestimmten Anzahl Stimmen, welche erreicht worden sind. Wir schlagen vor, dass dies ab zehn Stimmen gemacht wird. So wie es übrigens auch in einem Merkblatt des Kantons festgehalten wird. Wir erachten dies noch als eine schlaue Richtgrösse. Es machen auch andere Gemeinden so. Jetzt werden wieder Argumente vorgeschoben, weshalb dies nicht machbar sein soll usw. Es wurde eine lange Tradition gebrochen und niemand weiss eigentlich warum. Es hat es noch nie gegeben, dass so viele Stimmen gültig abgegeben worden sind und man sie nicht Personen zuweisen konnte. Der Gemeinderat versucht uns nun in seiner Antwort zur Motion weiszumachen, dass sich kein Personenkreis herauskristallisiert hat, bei diesen über 1'000 Stimmen bei der Wahl des Gemeindeammanns. Es sind also offenbar über 1'000 Stimmen an über 1'000 verschiedene Personen abgegeben worden. Da handelt es sich natürlich um ein Märchen. Das stimmt so sicher nicht. Das kann nicht sein, denn die Stimmen bei der Wahl des Gemeindeammanns können nur abgegeben werden, wenn diese Person auch als Gemeinderat aufgeschrieben wurden. Beispielsweise wähle ich den Walter Müller als Gemeinderat und ich wähle ihn auch als Gemeindeammann. Ich kann Walter Müller nicht nur als Gemeindeammann wählen, ohne ihn als Gemeinderat zu wählen. Das geht nicht. Beim Gemeinderat hatte man 400 gültige Stimmen und beim Gemeindeammann waren es über 1'000. Nur schon dies sagt klar aus, dass es Personen hier im Dorf gegeben hat, welche ziemlich beträchtlich gültige Stimmen erhalten haben. Diese wurden jedoch nicht namentlich deklariert. Man könnte jetzt sagen, dass diese Informationen gar nicht wichtig sind und man ohne weiteres darauf verzichten könnte. Es wurden ja fünf Gemeinderäte gültig gewählt und die Sache ist erledigt. Nein! Wir haben dies hier schon mehrfach ausgeführt. Es ist eminent wichtig, dass diese Namen bekannt gegeben werden. Denn so werden Kandidaten gemacht. Das war auch bei Arsène Perroud damals so, als er im 1. Wahlgang viele Stimmen

erhielt, obschon er nicht portiert worden war. Dies veranlasste ihn dazu für den 2. Wahlgang zu kandidieren. Dies konnte er so machen, weil er es gewusst hat. Das kann in Zukunft wieder so sein. Wenn dies sauber deklariert wird, dann weiss Frau Meier oder Herr Müller, dass sie wild 50 oder 100 Stimmen erhalten haben, obschon sie gar nicht für das Amt kandidiert haben. Aber die Bevölkerung zeigt so den Willen. Wenn die Person das nicht weiss, dann wird sie auch nicht antreten. Wenn die Person es weiss, dann kann sie es wagen und wird es auch machen. Wir haben Beispiele im Dorf, wo dies so abgelaufen ist.

Der Kanton Aargau sagt, dass wir die Gemeindeordnung dafür anpassen müssen. Das kann man so machen, ist jedoch meiner Meinung nach ein Blödsinn. Ich bin in meiner rechtlichen Meinung mehr richtig gelegen als der Gemeinderat. Ich behaupte, es handelt sich um einen Blödsinn, was vorgeschlagen wird. Wir können diese Übung machen. Es spricht nichts dagegen, dass man diese Motion nicht überweisen sollte. Man kann diese Gemeindeordnung in einem kleinen Paragrafen anpassen. Das machen wir aber selbstverständlich nicht separat, sondern dies erfolgt bei einer Revision der Gemeindeordnung, welche sowieso ansteht, und zwar idealerweise vor der nächsten Legislatur. Darin gibt es Bestimmungen, welche in der Zwischenzeit obsolet sind und ohnehin angepasst werden müssen. Seit dem 1. Januar 2023 braucht es nur noch 5% Unterschriften für ein Referendum oder eine Initiative. Davon wurde auch schon Gebrauch gemacht. Das muss angepasst werden in der Gemeindeordnung. Man könnte die Paragrafen anpassen, welche die Schulpflege betreffen. Diese kommt in der Gemeindeordnung immer noch vor. Ein «Facelifting» der Gemeindeordnung ist sowieso nötig. So kann man alles auf einmal anpassen. Es muss somit keine separate Anpassung nur für diesen Punkt erfolgen. Gleichwohl soll man diesen Ablauf – wie man ihn in der Vergangenheit gepflegt hat – jetzt auch weiterhin so pflegen. Sodass die gültig abgegebenen Stimmen entsprechend deklariert werden, obwohl sie für eine Wahl nicht ausreichen. Das soll so gemacht werden. In der Antwort des Gemeinderates stösst uns und vor allem auch mir besonders sauer auf, dass man die Verantwortung insbesondere an die Leute des Wahlbüros abschieben möchte. Die hätten quasi den Fehler gemacht, indem sie die Stimmen nicht auszählen wollten. Das stimmt so nicht. Ich habe mit diesen Leuten gesprochen. Ich gehe von der Redlichkeit dieser Personen aus. Ich kenne sie alle persönlich. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass sie mich nicht angelogen haben. Als «Übeltäter» bleibt eigentlich nur noch der Chef des Wahlbüros und Leiter der Einwohnerkontrolle und der Gemeindeschreiber übrig, welche dies so angeordnet haben können. Der Gemeinderat bleibt hier aussen vor, da er sich während den Wahlen nicht im Gemeindehaus aufhalten darf. Den Mitgliedern des Wahlbüros wurde dies so in Auftrag gegeben. Die haben das nicht selbst entschieden, sie wurden schlicht weg über den Tisch gezogen. Sie sollen das so machen, es muss nicht ausgezählt werden. Dies ist mein Informationsstand. Wenn nun kolportiert wird, die Verwaltung hätte vorliegend nicht manipuliert, dann stimmt dies einfach nicht. Es entspricht nicht der Realität. Das stösst mir sauer auf, dass dies nun so kolportiert wird. Leute, welche in das Wahlbüro gewählt wurden, sich an einem Sonntag abmühen und die Stimmen auszählen sollen nun die Schuld auf sich nehmen. Das stimmt so nicht. Ich hoffe, dass ich mich deutlich und verständlich ausgedrückt habe. Ich hoffe, Sie unterstützen die Überweisung dieser Motion. Sie ist rechtlich zulässig und sie ist umsetzbar. Es ist schon lange fällig. Es entspricht den Gepflogenheiten in dieser Gemeinde seit Jahrzehnten. Es wurde aus einem unerfindlichen Grund bei den letzten Wahlen nicht gemacht. Das alles wissen wir. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Die Ausführungen von Harry Lütolf sind einfach falsch. Der Gemeinderat hat sich bis zum Eingang dieser Motion tatsächlich nie damit auseinandergesetzt. Das Ratsbüro des Einwohnerrates – das kann man in allen Protokollen nachlesen – hat sich damit beschäftigt. Der Gemeinderat beschäftigt sich erst mit einem Vorstoss, wenn er durch das Ratsbüro des Einwohnerrates als eingereicht gilt. Das ist vorliegend zweimal nicht geschehen. Die Verantwortung nun dem Gemeinderat und Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung zuschieben zu wollen ist einfach nicht richtig. Die Verantwortung dafür, dass dieser Vorstoss als unzulässig eingestuft wurde, liegt einzig und allein beim Ratsbüro des Einwohnerrates. Hier ist ja auch bekannt, in welchen Mehrheitsverhältnissen abgestimmt worden ist und wie das Ganze vonstattengegangen ist. Das ist die Realität und gegen jede andere Behauptung wehre ich mich. Manchmal möchte ich gerne sagen: «Lesen hilft!». Der Gemeinderat ist ja bereit, wie er in seiner Haltung zur Motion ausführt, in Zukunft dem Leiter des Wahlbüros den Auftrag zu geben (soweit der Gemeinderat dazu befugt ist) für sämtliche zur Wahl angemeldeten Personen die Stimmen auch bei den Nebenwahlen, also Gemeinde- und Vizeammann, zu deklarieren. Das ist das Vorgehen, wie es in den letzten Jahren gemacht worden ist. Der Gemeinderat hat zudem sehr wohl das Verständnis für dieses Anliegen.

Wir haben Ihnen in der Haltung zur Motion 15046 alles Wesentliche dargelegt und ausgeführt, warum der Gemeinderat der Überweisung der Motion nicht zustimmen kann. In den übergeordneten kantonalen Bestimmungen sind die Minimalanforderungen an die Protokollierung bei Gemeindewahlen festgelegt. Diese Anforderungen wurden in der Vergangenheit immer eingehalten und es wurde auch transparent darüber informiert. Ich möchte an dieser Stelle nochmals betonen, dass sämtliche Stimm- und Wahlrechtsbeschwerden in dieser Angelegenheit von den zuständigen Stellen abgelehnt wurden und die Richtigkeit der Protokollierung festgestellt wurde.

Wie bereits erwähnt anerkennt der Gemeinderat aber das Bedürfnis der Motionäre, dass die Stimmen aller zur Wahl stehenden Gemeinderatskandidierenden auch bei den Nebenwahlen ausgewiesen werden, auch wenn sie nicht offiziell für das Amt als Gemeinde- oder Vizeammann zur Wahl stehen. Der Gemeinderat wird demnach für die nächsten Wahlen die Leitung des Wahlbüros auffordern, dies in den Vorbereitungsarbeiten zu berücksichtigen. Abschliessend legt aber das von der Legislative gewählte Wahlbüro fest, wie protokolliert wird. Der Gemeinderat geht davon aus, dass das Wahlbüro in Zukunft sicher nicht mehr darauf verzichten wird, alle offiziellen Kandidierenden von Beginn an zu erfassen.

Alles was über die gesetzlichen Minimalanforderungen der Protokollierungen hinausgeht, muss mit einer Änderung der Gemeindeordnung geschehen. Das erachten wir als unverhältnismässig.

Die Motion fordert, dass alle Personen ab einer Stimmenzahl von zehn im Protokoll ausgewiesen sein sollen. Dies kann für die Gemeinde Wohl bei einer Zahl von rund 8'400 Stimm- und Wahlberechtigten keine relevante Grösse sein. Für das Wahlbüro ist das in keiner Art und Weise praktikabel und umsetzbar. Konkret würde das am Beispiel der letzten Nebenwahlen Folgendes bedeuten:

- Auf den rund 3'500 eingehenden Stimmzetteln können 8'400 verschiedene Namen in unterschiedlichen Kombinationen auf den fünf Linien für die Gemeinderatswahlen stehen. Bei einer Mindeststimmzahl von zehn bedeutet das, dass quasi alle wahlberechtigten Personen bei den Nebenwahlen von Beginn an erfasst werden müssen. Eine Stimmenzahl von zehn wird sehr schnell erreicht. Eine so geringe Zahl kann unmöglich von den Wahlbüromitgliedern als Häufung erkannt werden.
- Als Gemeindeammann kann nur gewählt werden, wer auch als Gemeinderat aufgeschrieben wird. Das heisst, dass diejenigen Stimmen, welche auf dem Zettel für die Gemeinderatswahlen und der Gemeindeammann-Wahlen mindestens zehn Stimmen erhalten haben, erfasst und ausgezählt werden müssen. Vereinzelt gültige Stimmen liegen nicht einfach auf einem Haufen. Diese sind auf den verschiedenen Stimmzetteln verteilt und müssten von Anfang an erfasst werden.
- Nur schon die Erfassung von den offiziellen Kandidierenden und von denjenigen, die auf inoffiziellem Weg lanciert wurden, sowie von denjenigen, bei denen das Wahlbüro eine Häufung feststellt, ergibt eine Vielzahl an Kombinationen.

Der Gemeinderat ist der Meinung, dass es verhältnismässig ist, alle offiziell zur Wahl stehenden Gemeinderatsmitglieder vorgängig zu erfassen und, sofern sich dies im Vorfeld abzeichnet, auch wilde Kandidaturen erfasst werden. Das will der Gemeinderat mit den entsprechenden Vorbereitungsarbeiten durch den Leiter Wahlbüro umsetzen lassen. Eine Änderung der Gemeindeordnung erachten wir als unverhältnismässig.

Betreffend der Aussage, dass die Gemeindeordnung ohnehin überarbeitet werden muss. Dies ist natürlich nicht so. Als Jurist sollte es Harry Lütolf bekannt sein, dass wenn sich übergeordnetes Recht ändert, dass im Sinn der derogatorischen Wirkung dies automatisch zu vollziehen haben. Beispielsweise die Änderung von 10% auf neu 5% der Unterschriften für Referenden und Initiativen. Man muss deshalb nicht zwingend eine Revision der Gemeindeordnung durchführen. Ansonsten müsste man dies ja ständig machen. Wir hatten kürzlich eine Motion von Manfred Breitschmid, bei welcher es thematisch um die Änderung der Gemeindeordnung ging. Auch das wäre eine unverhältnismässige Arbeit gewesen. Der Gemeinderat erachtet es als unverhältnismässig. Den Grundbedürfnissen der Motionären kann mit einfach Mitteln nachgekommen werden. Dies wird ohnehin so gemacht werden. Dementsprechend bitten wir Sie, die Motion abzulehnen.

Fraktionsmeinungen

Büchi Roland, SVP: Die SVP vertritt dieselbe Meinung wie Die Mitte. Auf jeden Fall bei diesem Thema. Wie dies abgelaufen ist, darf nicht mehr passieren. Damit dies nicht mehr geschieht, unterstützen wir die Motion. Alles ist mit Kosten verbunden. Uns ist klar, dass dies etwas kosten wird, aber das darf kein Hinderungsgrund darstellen, sonst sind wir bei den nächsten Wahlen wieder an derselben Stelle.

Stäger Philipp, GLP/EVP: Unbefriedigend war die Situation auch für die Fraktion EVP/GLP. Wir stehen für Offenheit und Transparenz und die grosse Anzahl der nicht ausgewiesenen Stimmen passt so gar nicht überein mit diesen Werten. Die Vergangenheit können wir jedoch nicht mehr ändern. Und seien wir ehrlich – abgesehen vom gestillten «Gwunder», reichlich Stoff für Presse und Stammtisch sowie für profilierungsaffine Politiker bringen uns die weiteren Namen im Nachhinein auch nicht viel mehr. Setzen wir unsere Ressourcen und Energie also besser dafür ein, Wohlen künftig weiterzubringen, statt uns lange in kleinen unnötigen Animositäten zu verstricken. Auch die Verwaltung scheint erkannt zu haben, dass Korrekturen notwendig sind und der Vorschlag, dass künftig alle für den Gemeinderat kandidierenden und auch bekannte inoffizielle Kandidaten erfasst werden sollen (Frage 7 der Anfrage) scheint vernünftig zu sein. Zudem sollte das Thema in der Zwischenzeit bei allen Involvierten angekommen sein und falls nicht, können und sollen die Parteien auf ihre Abgesandten und den Präsidenten des Wahlbüros einwirken. Eine Anpassung der Gemeindeordnung zum heutigen Zeitpunkt ist unseres Erachtens jedoch übertrieben und schießt über das Ziel hinaus. Alles in Gesetzen oder anderen rechtlichen Dokumenten abzubilden ist nicht zielführend, führt zu Überadministration und oft werden auch dann Wege gefunden, um zu begründen, weshalb man es nun doch nicht oder anders gemacht hat. Viel besser sollten wir in solchen Situationen künftig alle etwas mehr Fingerspitzengefühl zeigen und im Sinne unseres Auftrag- bzw. Arbeitgeber denken und handeln. Die Fraktion EVP/GLP lehnt die Überweisung der Motion ab. Sollte sich wider Erwarten nichts ändern, sind wir bei der nächsten Revision der Gemeindeordnung aber selbstverständlich offen, das Thema erneut zu prüfen und diskutieren.

Keller Anna, Grüne: Wir haben durchaus Verständnis für den Inhalt dieser Motion, nicht jedoch für den vorgegebenen Antrag. Das Ausweisen von gültigen Stimmen ab einer Anzahl von zehn erscheint uns nicht praktikabel. In einer kleinen Ortschaft wie beispielsweise Bütikon ist dies sicher problemlos machbar. Aber bei über 8'000 Stimmberechtigten ist diese Anzahl sehr schnell erreicht und das Wahlbüro wird über die Gebühr belastet mit Bagatellzählungen. Anders zeigt es sich, wenn sämtliche für den Gemeinderat kandidierenden Personen auch für die Nebenwahlen als Gemeindeammann und Vizeammann erfasst werden, sofern sie von den Wählern aufgeschrieben werden. Das wird uns im Fazit ja auch ausdrücklich versprochen. Wir wollen alsdann auch keine Änderung der Gemeindeordnung, nur um diese Motion allenfalls erfüllen zu können. Das scheint uns zu viel Aufwand. Im Wahlbüro sind im Übrigen sämtliche Parteien vertreten und diese Personen entscheiden letztendlich über das Wahlprozedere. Diejenigen Personen, welche dort beteiligt sind, wissen genau, was eine solche Forderung für ihre Arbeit bedeutet. Der Gemeinderat stellt eigentlich für dieses Anliegen das falsche Gremium dar, denn die Gemeinderäte dürfen am Wahltag nicht einmal in das Gemeindehaus. Sie haben ein striktes Verbot dort zu erscheinen. Aus all diesen Gründen stimmen wir gegen eine Überweisung dieser Motion.

Stäger Dieter, FDP/Dorfteil Anglikon: Vermutlich ist das Ganze auch aufgrund eines technischen Problem entstanden. Vier Jahre zuvor konnte man nämlich am Wahltag selbst noch Kandidaten im System erfassen. Aus nicht nachvollziehbaren Gründen hat der Kanton wieder einmal Veränderungen an der Software vorgenommen, was zur Folge hatte, dass es bei den letzten Wahlen nicht mehr möglich war. Man musste somit allfällige Kandidaten im Vorfeld erfassen. Eine Nacherfassung wäre nur noch manuell möglich gewesen – was sich bei über 8'000 Stimmberechtigten doch etwas schwer darstellt. Aus diesem Grund verstehen wir nicht ganz, weshalb ein so grosses Theater um dieses Thema gemacht wird. Ich denke die Kanzlei hätte einfach von Anfang an transparent und klar über die Fakten kommunizieren dürfen und dann hätten wir heute keine solchen Diskussionen. Wie auch immer – unsere Fraktion erachtet das Vorgehen aus ordnungspolitischen Sicht als falsch. Wir wollen weder dem Wahlbüro, dem Gemeinderat noch der Kanzlei vorschreiben, wie sie ihre Arbeit zu erledigen haben. Unsere Fraktion lehnt aus diesem Grund die Motion einstimmig ab.

Einzelvoten

Lütolf Harry, Die Mitte: Ich hörte nun verschiedentlich das Argument, dass es nicht praktikabel sei. Auch der Gemeindeammann hat vorhin – ich sage dem jetzt einmal Nebelgranaten verschossen. Es sei nicht umsetzbar, zu kompliziert und die Gemeinde sei viel zu gross. Es gäbe einen zu grossen Aufwand. Dieter Stäger hat erwähnt, dass es vor vier Jahren noch so gemacht worden ist. Damals wurden Personen mit 19 Stimmen erfasst. Ich kann diese namentlich erwähnen: Bruno Breitschmid, nicht gewählt mit 19 Stimmen. Damals hatten wir in etwa gleich viele Einwohner. Vielleicht sind in der Zwischenzeit noch 500 bis 600 Personen mehr dazu gekommen. Ich habe die beiden Wahlen 2017 und 2021 miteinander verglichen. Dann hat Dieter Stäger damals 36 Stimmen erhalten – ich gratuliere ihm nachträglich dazu. Er wurde im Protokoll festgehalten. Es gibt noch einige Namen im Protokoll. Damals vor vier Jahren hat man es so gemacht. Und es stellte kein Affentheater dar und es gab keinen riesigen Aufwand dafür. Damals ging es und nun vier Jahre später geht es nicht mehr. Es hat sich alles grundsätzlich geändert und es gibt eine ganz neue Ausgangslage und alles ist viel zu kompliziert. Das ist doch eine Märchenstunde. Ich habe versucht darzulegen, weshalb dies wichtig ist und es jetzt nicht einfach gleich sein sollte. Es geht darum – ich wiederhole mich nochmals – dass bei solchen Wahlen auch Kandidaten von Parteien aufgebaut werden sollen. Sie erreichen bei einer Wahl relativ viele Stimmen als Nichtkandidierende. Diese Personen treten dann vielleicht einmal für eine Partei zur Wahl an, weil sie sich vom Resultat bestärkt fühlen. Das ist der Punkt! Das ist wichtig und das ist Demokratie. Es gehört zur Demokratie und es muss gemacht werden. Da dürfen der Kostenfaktor und das Verfahren nicht dagegensprechen, ansonsten können wir die Demokratie abschaffen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Bei allem Respekt, das was Harry Lütolf vorgebracht hat, ist exakt das was der Gemeinderat vorsieht. Auf Gefahr hin, dass ich mich wiederhole. Ich zitiere aus der Haltung des Gemeinderates zu dieser Motion, Seite 6, Ziff. 3.4 Fazit:

«Von der Überweisung der vorliegenden Motion ist abzusehen, weil

(...)

– künftig im Rahmen der administrativen Vorbereitungsarbeiten sämtliche für den Gemeinderat kandidierende Personen generell auch für die Nebenwahlen im Protokoll erfasst werden.»

Das ist genau das und nichts anderes. Diejenigen Personen welche Harry Lütolf eben vorgelesen hat waren offiziell Kandidierende für das Amt als Gemeinderat, welche auch für die Nebenwahlen als Gemeinde- und Vizeammann protokollarisch erfasst worden sind. Diese Arbeit muss man im Vorfeld machen. Dies wurde bereits seitens des Gemeinderates in seiner Antwort zur Anfrage 14139 ausgeführt.

Lütolf Harry, Die Mitte: Walter Dubler war auch kein offizieller Kandidat und seine Stimmen wurden damals ebenfalls protokollarisch festgehalten.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Das ist korrekt, jedoch wurde Walter Dubler bereits im Vorfeld portiert und es war deshalb anzunehmen, dass er eine gewisse Anzahl von Stimmen erhalten würde. Dasselbe war auch in meinem Fall. Auch ich wurde als wilder Kandidat lanciert. Der Auftrag der Motion lautet jedoch:

«Bei künftigen Gemeindewahlen an der Urne sind für alle betroffenen Ämter alle Personen mit mindestens 10 gültigen Stimmen separat auszuweisen.»

Mit der Umsetzung dieses Antrag muss jede auf einem Wahlzettel aufgeführte Person erfasst werden. Ich kann Ihnen versichern, dies geschieht sehr häufig. Eine Familie findet es vielleicht witzig und alle wählen den Vater als Gemeinderat. Das müsste man dann alles erfassen und dies ist einfach nicht praktikabel. Das was Harry Lütolf vorgelesen hat, ist genau das, was auch der Gemeinderat möchte. Nämlich, dass sämtliche als Gemeinderat kandidierende Personen auch bei den Nebenwahlen als Gemeinde- und Vizeammann vorerfasst werden und somit dann auch protokollarisch abgebildet werden. Bitte lehnen Sie die Motion ab und vertrauen Sie der Praxis des Gemeinderates.

Abstimmung

Die Motion 15046 betreffend Behebung der unbefriedigenden Protokollierung der Gemeindewahlen an der Urne

wird mit 15 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen abgelehnt.

Antwort zur Anfrage 15027 zur Beschwerde beim Schweizer Presserat durch den Gemeinderat

Breitschmid Manfred, SVP: Ich wünsche die Diskussion.

Abstimmung

Der Diskussion wird mit 24 Ja-Stimmen zu 11 Nein-Stimmen und einer Enthaltung zugestimmt.

Lütolf Harry, Die Mitte: Beim nachfolgenden Traktandum geht es um das gleiche Thema. Aus diesem Grund stelle ich den Antrag, dass die Diskussion gleichzeitig über beide Antworten zu den Anfragen 15027 und 15028 stattfinden soll. Meiner Meinung nach ergibt es keinen Sinn dies separat zu diskutieren.

Abstimmung

Dem Antrag von Harry Lütolf

Die Diskussion soll gleichzeitig über beide Antworten zu den Anfragen 15027 und 15028 stattfinden.

wird einstimmig zugestimmt.

Diskussion

Breitschmid Manfred, SVP: Ich konzentriere mich lediglich auf eine Frage, da ich davon ausgehe, dass die Diskussion etwas breiter ausfallen wird, die Zeit bereits etwas fortgeschritten ist und noch weitere Traktanden anstehen. Mir geht es um die Frage 7, welche eigentlich sehr einfach war und lautete:

«Wird sich der Gemeinderat beim «Wohler Anzeiger» entschuldigen?»

Hier antwortete der Gemeinderat mit drei Abschnitten. Die ersten zwei Abschnitte lasse ich so stehen. Mir geht es vorliegend um den dritten Abschnitt. Da Sie diesen vermutlich nicht präsent haben, lese ich Ihnen diesen vor:

«Als Unternehmen nimmt die «Medien AG Freiamt» unter anderem mit ihrem Titel «Wohler Anzeiger» keine offizielle Stellung im Staatsgefüge ein. Eine gegenseitige Erwartungshaltung zwischen den offiziellen Staatsgewalten und der inoffiziellen Mediengewalt besteht keine. Die Aufgabe von Medienunternehmen ist es, wahrheitsgetreu, neutral und faktenbasiert zu berichten. Systembedingt liegt es in der Natur der Sache, dass insbesondere beim Parlamentsbetrieb seitens der Legislativakteure um die Aufmerksamkeit und die Gunst der berichtenden Medien gebuhlt wird. Insofern besteht faktisch eine Wechselbeziehung, die idealerweise jedoch nicht zur gegenseitigen Abhängigkeit führt. Angesichts dessen mutet es den Gemeinderat merkwürdig an, wenn seitens eines Parlamentariers die Erwartung postuliert wird, dass sich der Gemeinderat bei Medienschaffenden zu entschuldigen hat. Zumal wie ausgeführt, in keinerlei Hinsicht eine Schuld – wie auch immer eine solche im vorliegenden Fall zu umschreiben oder zu interpretieren wäre – entstanden oder erkennbar ist.»

Ich stelle fest, dass der «Schreiberling» dieses Textes über einen sehr einseitigen Blick verfügt, indem er dies auf die Legislativakteure bezieht. Wir alle haben in den letzten Wochen vermehrt in den Zeitungen die Problematik zu einem Medienverlag wahrnehmen dürfen, welche das Departement in Bern, in welchem der Parteikollege von unserem Gemeindeammann vorsteht, betrifft. Das hat mit der Legislative nun wirklich gar nichts zu tun. Aus diesem Grund stellte ich mir die Frage – wenn ich an den Schreibenden denke – ob

es ihm klar ist, dass dies eine Verunglimpfung des Antragssteller darstellt. Weiter stelle ich immer wieder fest, dass die Tonalität in diesem Raum seitens des Gemeindeammanns immer wieder infrage gestellt wird. So auch heute. Aber – wenn ich diesen Absatz lese – wird die Tonalität offensichtlich als eine Einbahn angesehen und nicht als etwas, was gegenseitig ist. Auch frage ich mich, wie sich die Kultur der Zusammenarbeit mit Gremien und anderen zeigt. Es wird mir somit klar, dass zwischen der Redaktion des Wohler Anzeigers und dem Gemeinderat ein Scherbenhaufen produziert wird. Wenn man so mit Partnern umgeht, wie auch vorliegend bei der Frage 7 in der Beantwortung. Dies ohne irgendwelche Anzüglichkeiten in der Frage. Es handelt sich um eine ganz einfache Frage. Man könnte Ja oder Nein sagen und sie allenfalls noch etwas ausführen. Man wird jedoch persönlich und bezüglich der angesprochenen Tonalität müsste vielleicht der Herr Gemeindeamman oder der «Schreiberling» einmal über die Bücher gehen.

Lütolf Harry, Die Mitte: Ich beziehe mich in meinen Ausführungen auf die Antwort zu unserer Anfrage. Es handelt sich auch wieder um einen Vorstoss unserer Fraktion und nicht um einen von mir persönlich. Wenn ich die ganze Antwort des Gemeinderates lese, dann empfinde ich diese – ich kann es nicht anders sagen – als despektierlich und schnoddrig. Der Gemeinderat – man muss sich dies auf der Zunge zergehen lassen – ruft mit dem Presserat eine entscheidende Behörde an. Beim Presserat handelt es sich nicht um ein Gericht, aber es ist eine Behörde, welche irgendwie entscheiden soll. Sie hat festzustellen, ob seitens der Presse ein medienethisches Fehlverhalten vorliegt und ob Unwahrheiten verbreitet worden sind. Ich spreche vorliegend vom Wohler Anzeiger. Ich möchte an dieser Stelle nicht die Aargauer Zeitung auslassen, welche ebenfalls sehr wertvoll ist für unsere Gemeinde. Ich muss mich vorliegend jedoch auf den Wohler Anzeiger beschränken. Hat der Wohler Anzeiger Grenzüberschreitungen gemacht usw. Das Fazit daraus war, dass der Presserat die Beschwerde abgelehnt hat und die Gemeinde Wohlen, welche vom Gemeinderat vertreten wird, verloren hat und somit einstecken musste. Der Presserat hat eindeutig gesagt, dass die Berichterstattung des Wohler Anzeigers in allen Punkten korrekt ist. Es gibt nichts zu beanstanden. Was erlaubt sich der Gemeinderat mit seiner jetzigen Antwort? Der Gemeinderat hat den Presserat angegangen und niemand anderes. Der Gemeinderat sagt nun, dass der Presserat falsch entschieden hat und nicht ganz bei Trost ist: «*Mit der medienrechtlichen Beurteilung des Presserates sind wir nicht einverstanden.*» Der Gemeinderat weiss offenbar besser, was medienethisch ist und was nicht und stellt den Presserat hin, als wüsste er nichts. Weil der Gemeinderat nicht Recht erhalten hat, gibt er nun dafür dem Presserat die Schuld. Ich finde dies ungeheuerlich. Wenn dies eine Privatperson macht, ist das etwas anderes, als wenn es der Gemeinderat Wohlen, als Vertreter der Gemeinde, macht. Vor dem Presserat stehen wir da wie Idioten. Die Gemeinde Wohlen tickt nicht richtig, oder? Sie rufen eine Behörde an und anschliessend sagen sie, dass diese Behörde keine Ahnung hat. Die ganze Übung kostete dann noch CHF 4'500, davon sind CHF 1'000 für den Presserat verbraucht worden. Der Rest wurde für die medienrechtliche Beratung ausgegeben, also sprich den Anwalt. Wenn ich das lese, habe ich den Eindruck, dass es der Gemeinderat nicht verstanden hat, dass man mit dem Wohler Anzeiger und auch mit der Aargauer Zeitung, ein ganz wichtiges Publikationsorgan in dieser Gemeinde hat. Es ist immer noch das offizielle amtliche Publikationsorgan der Gemeinde – nota bene. Das soll auch so bleiben, wie es damals in der Gemeindeordnung so festgehalten wurde. Ein ganz wichtiges Publikationsorgan, welches einen unglaublich guten Service für diese Gemeinde anbietet. Auch ich rege mich manchmal über den Wohler Anzeiger auf, wenn die Journalisten wie Daniel Marti wieder auf uns rum piesacken und man wieder in den Dreck gezogen wird. Klar, das gehört aber zum Spielchen und dafür sind die Medien da. Wenn die Berichterstattung korrekt ist – was in diesem Fall so ist – dann muss dies so gemacht werden, dann sollen sie und dürfen sie das machen. Es kann sich nicht jede Gemeinde mit einem eigenen Blatt rühmen, welches auch noch den Namen der Gemeinde trägt. Es ist der «Wohler» Anzeiger, welcher in der ganzen Region verbreitet wird. Allen Parteien und auch dem Gemeinderat wird darin immer genügend Platz für unsere Verlautbarungen eingeräumt. Es sind auch Arbeitsplätze damit verbunden, und zwar wichtige und gute, welche auch Steuereinnahmen für diese Gemeinde generieren. Das wollen wir doch nicht vergessen. Dieser Verlag, diese Zeitung ist ein Gewerbe, wie jedes andere auch. Meiner Meinung nach stellt es keinen schlechten Arbeitgeber dar in dieser Gemeinde. Jetzt leistet sich der Gemeinderat einen Kleinkrieg mit dieser Zeitung. Man kann es nicht anders sagen. Seit Jahren bringen sie es nicht hin, miteinander vernünftig umzugehen. Ich hatte auch schon Differenzen mit der Redaktion, aber irgendwie haben wir uns wieder gefunden. Ich weiss nicht wie, aber es ist gelungen. Das sollte doch auch seitens des Gemeinderates möglich sein. Aber mit der vorliegenden Antwort ist das nicht möglich. Das ist eine totale Kriegserklärung an den Wohler Anzeiger. Wieder einmal mehr. Das kann doch keine Haltung unserer Regierung gegenüber diesem Blatt sein. Der Punkt ist, dass es so nicht geht. Es ist despektierlich, was in der Antwort steht. Es ist eine Selbstherrlichkeit, was in der Antwort steht. Dies kann ich so nicht goutieren.

Parvex Olivier, GLP: Die Emotionen haben wir hier nun gehört. Besten Dank. Wir probieren dies etwas sachlich aus unserer Sicht einzuordnen.

Als Lokalpolitiker im Einwohnerrat und ehemaliger Journalist bin ich froh, dass es in Wohlen mit dem Wohler Anzeiger und der Aargauer Zeitung und heute ist sogar noch das Regionaljournal anwesend – zwei Lokalzeitungen gibt, welche sich für unsere Gemeinde interessieren. Sie berichten über Sachen, welche für alle anderen Medien nicht relevant oder interessant sind und stehen in einem Konkurrenzverhältnis, was Wohlen zugutekommt. Wenn einige dieser Lokalzeitungen pointiert über die Arbeit der Exekutive und die oberste Verwaltung schreibt, dann haben das der Gemeinderat und seine Chefbeamten die Auseinandersetzung mit ihrer Arbeit zu ertragen. Egal, ob man von der Qualität der Medienarbeit überzeugt ist oder nicht. Es muss schon einen krassen Fehler oder eine krasse Missachtung der Rechte und Pflichten der Journalistinnen und Journalisten vorliegen, dass eine Klage beim Presserat überhaupt eine Chance hat. Eine Eskalation an den Presserat ist darum sicher die schlechteste von allen Möglichkeiten, welche nur zu verhärteten Fronten führt – egal wie der Entscheid schlussendlich ausfällt. Ich denke, diese Lehre wurde daraus gezogen. Im vorliegenden Fall darf man festhalten, dass sich der Gemeinderat aus unserer Sicht ungeschickt verhalten hat. Statt sich um seinen eigenen Job zu kümmern, hat er sich in den Job der Medien eingemischt und wollte dem Wohler Anzeiger sagen, wie er zu berichten hat und wie nicht. Mit seiner Beschwerde an den Presserat hat der Gemeinderat der Arbeit der Regionalzeitung von sich aus ein viel höheres Gewicht verleiht als es eigentlich nötig wäre. Auf der anderen Seite haben auch die Regionalzeitungen zu akzeptieren, dass die Gemeindebehörden von sich aus entscheiden, wie sie kommunizieren und wie sie die Öffentlichkeit informieren möchten. Genauso wie es der Gemeinderat dem Wohler Anzeiger nicht vorschreiben kann, über was und wen er berichtet, so kann der Wohler Anzeiger dem Gemeinderat nicht vorschreiben, wie er informiert. Aus diesem Grund gibt es nur eines, der Gemeinderat und der Wohler Anzeiger sitzen zusammen an einen Tisch und besprechen ihre gegenseitigen Ressentiments. Danach können sie sich wieder um ihre jeweilige Arbeit kümmern. Sie sind beide aufeinander angewiesen.

Pascolin Laura, SP: Der Presserat steht dem Publikum und den Medienschaffenden als Beschwerdeinstanz für medienethische Fragen zur Verfügung. Der Presserat nimmt auf Beschwerde hin Stellung zu Fragen zur Berufsethik der Journalistinnen und Journalisten. Er verteidigt die Presse- und Meinungsäusserungsfreiheit. Von den 21 Mitgliedern des Presserates sind sechs Personen Juristen und bei den restlichen 15 Mitgliedern handelt es sich um Experten aus diesem Berufsfeld. Ich persönlich hatte auch etwas Mühe mit der Haltung des Gemeinderats und mit seiner Beurteilung, dass er mit dem Urteil des Presserates in keiner Weise einverstanden ist. Das kann man so zur Kenntnis nehmen – im Sinne von eben «Meinungsäusserungsfreiheit!». Angesichts dessen mutet es den Gemeinderat merkwürdig an, wenn sich eine Fraktion des Einwohnerrates aktiv um die Beziehungen zwischen der Exekutive und einem einzelnen Medienhaus besorgt zeigt und dies in einer politischen Anfrage kundtut. Ich finde dies überhaupt nicht merkwürdig. Der Wohler Anzeiger ist unsere «Hauszeitung», welche seit Jahren die Bevölkerung im Freiamt informiert. Der Wohler Anzeiger bezahlt als Unternehmen Steuern, bietet Arbeitsplätze und gibt uns Politikerinnen und Politiker – inkl. dem Gemeinderat – eine Plattform. Medien als Forum von Meinungen braucht jede Demokratie. Das war schon immer Aufgabe der Medien. Zukünftig würde ich eine professionelle Zusammenarbeit zwischen den Medien und der Verwaltung sehr begrüßen. Das heisst aber auch, dass die Verwaltung transparent sein muss und sich kritischen Fragen stellen muss.

Stäger Dieter, FDP/Dorfteil Anglikon: Ich glaube, dass es uns allen bewusst ist, dass die Trennung der Meinung der Redaktion und von den Fakten nicht immer ganz klar ist. Dies ist eine Entwicklung in der Presselandschaft, welche nicht nur den Wohler Anzeiger betrifft, sondern generell zu beobachten ist. Ich habe grosses Verständnis dafür, dass es Unmut erzeugen kann, wenn man das Gefühl hat, dass unfair berichtet wird. Trotzdem gehört dies dazu, wenn man in der Öffentlichkeit steht. Man muss dann auch unfaire Worte und unfaire Kritik hinnehmen und vertragen. Unsere Fraktion ist überzeugt, dass der Gemeinderat hier auch die nötigen Schlüsse für die Zukunft daraus zieht.

Christen Peter, SVP: Ich habe mir zwei Worte auf einen Zettel aufgeschrieben. Darauf steht einerseits Einsicht und andererseits Demut darauf. Zumindest in diesem Fall empfehle ich dem Gemeinderat – vielleicht heute Nacht in einer ruhigen Minute – diese zwei Wörter zu reflektieren.

Meier, Valentin, SP: Eigentlich wollte ich mich zu diesem Thema nicht äussern und gleichwohl bin ich hier familiär etwas vorbelastet, in allem was die Zeitungen anbelangt. Ich liebe alle Printmedien und hier gehört der Wohler Anzeiger sogar dazu. Ich möchte mich bei allen Medienschaffenden herzlich bedanken, dass sie unser Milizsystem am Leben erhalten und die Informationen weiterstreuen. Der Presserat schaut nicht die letzten 15 Jahre im Archiv an. Angeschaut wird jeweils immer nur ein ganz kleiner Ausschnitt – zwei Monate höchstens, dies noch vorweg. Ich möchte an dieser Stelle unsere Journalistinnen und Journalisten

des Wohler Anzeigers auf ihre Macht aufmerksam machen, dass sie die 4. Gewalt darstellen. Denken Sie daran, dass Sie mitentscheiden, wie Wohlen dasteht, wie wir dastehen und wie der Gemeinderat dasteht. Es steht ja schliesslich das «Wohler» vorne am Namen und vielleicht sollte man bezüglich der Meinungsbildung versuchen, Wohlen weiterhin in einem guten Licht dastehen zu lassen.

Burkard Thomas, Vizeammann: Ich möchte im Namen des Gemeinderats das Wort noch ergreifen. Ich habe hin und her überlegt, ob ich das tun soll und mich dafür entschieden. Es wurden sehr viele Sachen gesagt, welche der Gemeinderat durchaus unterstützen kann. Man kann selbstverständlich Lehren ziehen – auch der Gemeinderat. Dennoch müssen einige Sachen gesagt werden. Der Presserat stellt natürlich keine Behörde dar. Die Aussage von Harry Lütolf ist diesbezüglich falsch. Es handelt sich einfach um ein Gremium, welches sowohl vom Publikum wie auch von den Medienschaffenden direkt angerufen werden kann. Der Gemeinderat hat vom Presserat den Eindruck erhalten, dass er nicht ganz unbefangen ist. Der Presserat steht doch schon eher auf der Seite der Medienschaffenden. Wir sind übrigens nicht die einzigen, welchen diesen Eindruck erhalten haben. Es gibt viele andere, welchen diesen Eindruck ebenfalls haben. Man muss sich bewusst sein, dass der Presserat abschliessend befindet und es steht kein Rechtsweg zur Verfügung, um einen Entscheid weiterziehen zu können.

Laura Pascolin wünscht sich eine professionelle Zusammenarbeit zwischen der Exekutive, also dem Gemeinderat, und den Medienschaffenden. Ja, dies können wir sehr wohl unterstützen. Wir sind der Meinung, dass die Gemeinde, konkret der Gemeinderat und die Verwaltung, in den letzten Jahren ihre Professionalität in Bezug auf die Kommunikation stark gesteigert hat. Wir haben eine Medienstelle geschaffen, ein «Single Point of Contact», welche für alle Medienschaffenden als Anlaufstelle zur Verfügung steht. Wir haben dies neu im Jahr 2018 eingeführt und waren uns bewusst, dass dies für gewisse Medienschaffenden eine Herausforderung darstellen könnte. Ich kann Ihnen jedoch sagen, dass diese Anlaufstelle für die meisten Medienschaffenden kein Problem darstellt. Ich darf es hier sagen, wir arbeiten mit der Aargauer Zeitung sehr gut zusammen. In dieser Zusammenarbeit gibt es überhaupt keine Reibungspunkte, wirklich nicht! Hingegen gibt es mit dem Wohler Anzeiger immer wieder einmal – nicht immer – Reibungspunkte. Der Gemeinderat wollte diese Thematik mit seiner Beschwerde an den Presserat einmal ausloten. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass es sich seitens des Presserats nicht wirklich um eine vertiefte und seriöse Abklärung in Bezug auf die Medienethik handelte. Der Gemeinderat hat in seiner Beschwerde drei Fälle angesprochen, in welchen Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung Verunglimpfungen ausgesetzt waren. Als Gemeinderat und Arbeitgeber dieser Verwaltung haben wir die klare Aufgabe diese Leute zu schützen, wenn dies zu weit geht. Nach unserer Meinung ging das vorliegend ganz klar zu weit. Aus diesem Grund haben wir uns dazu entschlossen diese Schritte zu unternehmen.

Eine Zeitung, welche das folgende sagt, ich zitiere: «*Unsere Berichterstattung basiert immer auf den Tatsachen und entspricht der Wahrheit.*» Das hat der Verleger des Wohler Anzeigers so veröffentlicht. Das kann der Gemeinderat nicht unterschreiben. Das ist eine Anmassung sondergleichen. Das stimmt so einfach nicht. Das erleben wir immer wieder, dass die Berichte nicht restlos faktenbasiert sind.

Ich kann Sie dahingehend beruhigen, dass der Gemeinderat mit dem Wohler Anzeiger einen Termin vereinbart hat, an welchem die Thematik besprochen werden soll. Ich schaue Daniel Marti nun ganz bewusst an. Dieser findet in der zweiten Hälfte April statt. Gemeinsam mit dem Verleger und der Chefredaktion dieser Zeitung wird sich der Gemeinderat zwecks Findung eines guten Kompromisses und eines besseren Modus Vivendi an einen Tisch setzen. Zumindest seitens Gemeinderat sind wir bereit diesen Schritt zu gehen. Ich möchte an dieser Stelle noch erwähnen, dass wir dazu keinen Moderator benötigen. Es handelt sich bei allen um erwachsene Personen, welche sehr wohl wissen, wie man miteinander umgehen soll. Wir danken Matthias Angst dennoch für sein Angebot.

Zingg Lionel, FDP: Ich möchte gerne auf das Votum von Thomas Burkard eingehen. Es wurde gesagt, dass es keinen Moderator benötigt. Ich stelle mir dann die Frage, weshalb man das Gespräch nicht schon vorher gesucht hat. Warum braucht es erst eine Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit mit einem Reputationsschaden für die Gemeinde Wohlen und Ressourcenbindung des Gemeinderats, um dann im Nachhinein die Einsicht zu erlangen, dass man sich zusammen an einen Tisch setzen sollte. Ich bitte doch zukünftig die Probleme sofort so zu lösen, anstatt einen Reputationsschaden für Wohlen in Kauf zu nehmen. Auseinandersetzungen gab es in der Vergangenheit mit dem ehemaligen Gemeindeammann und mit der

Motion von Harry Lütolf. Das ist das was ich beobachte. Es scheint eine Häufung von juristischen Auseinandersetzungen zu geben. Am Schluss ist die Gemeinde Wohlen die Verliererin. Ich bitte alle dies zu beachten. Ich meine hier bewusst beide Parteien und nicht jemanden persönlich.

Breitschmid Manfred, SVP: Ich möchte Thomas Burkard trotzdem eine kleine Rückmeldung geben. Ich bin etwas erstaunt, wenn man eine solche Haltung vom Presserat hat, weshalb man sich überhaupt an diesen wendet und somit unnötig Geld ausgibt. Der Vergleich des Wohler Anzeigers mit der Aargauer Zeitung weist ebenfalls eine Schiefelage auf. Wenn ich die Textmenge anschau und die geleistete Hintergrundarbeit eines Wohler Anzeigers, dann bietet dies natürlich mehr Konfliktpotenzial, weil die Aargauer Zeitung einfach nicht mehr Platz hat.

74 0.011.2 Einwohnerrat; Motionen, Postulate und Anfragen

Antwort zur Anfrage 15028 betreffend Gemeinderat macht Beschwerde gegen den Wohler Anzeiger

Die Diskussion über das Geschäft erfolgte unter dem vorhergehenden Traktandum.

Motion 15034 betreffend Vergabe des gesamten Jacob Isler-Areals an einen einzelnen Investor

Lütolf Harry, Die Mitte: Wir sind selbstverständlich, in Anbetracht des Ergebnisses der überwiesenen Motion, für einen Rückzug der Motion. Dies in der Hoffnung, dass die nachfolgende Motion ebenfalls zurückgezogen wird. Hier scheint es jedoch eine Uneinigkeit zu geben. Wir hoffen und bitten dennoch auf einen Rückzug. Ansonsten müssen wir halt darüber abstimmen. Wir jedenfalls ziehen unsere Motion zurück.

Motion 15035 betreffend Baurecht auf dem Isler-Areal

Meier Cyrille, Präsident: Die vorliegende Motion wurde durch verschiedene Fraktionen eingereicht.

Der Präsident wird durch Mitglieder der SVP, ohne Redeaufforderung, durch Rufen im Saal unterbrochen.

Meier Cyrille, Präsident: Ich weise die Mitglieder der SVP darauf hin, dass ich jetzt am Reden bin und die Einleitung zu diesem Geschäft gerne beenden möchte.

Wie erwähnt, wurde die Motion durch verschiedene Fraktionen eingereicht. Unter anderem auch die SVP. Wie ich bereits vorgängig vernommen habe, ist die SVP mit einem Rückzug dieser Motion nicht einverstanden. Dementsprechend darf der Motionär gerne das Wort jetzt ergreifen.

Breitschmid Manfred, SVP: Ich danke dem Präsidenten. Die SVP hat ihre Motion bewusst nicht zurückgezogen. Gerne möchte ich Ihnen an dieser Stelle die Gründe dafür erläutern. Wir und die Mitunterzeichnenden Fraktionen FDP und Die Mitte wollten, dass die fünf Wohler Unternehmer ein Angebot einreichen können. Mit der neuen Motion ist dies jedoch ein bisschen anders. Ich möchte jedoch an dieser Stelle etwas zurückschauen. Es wurde eine dringliche Motion (15034) eingereicht, welche heute zurückgezogen wurde. Diese wurde vom Parteipräsidenten der Mitte und Mitunterzeichnende eingereicht. Sie wurde am 29. August 2022 im Einwohnerrat behandelt. Seine Fraktion hat die Motion 15035 eingereicht. Ich denke, es handelt sich nicht um eine einfache Situation, wenn der Parteipräsident eine Motion lanciert und die Fraktion hat eine andere. Dies verursachte wohl auch einen entsprechenden Diskussionsbedarf. Bei der FDP war die Situation dahingehend, dass sie die Motion zwar mitunterzeichnet haben, aber vier Tage später nicht mehr dazu standen. Zudem haben sie innerhalb einer Woche mit einer Anfrage bezüglich Vor- und Nachteile von Baurecht oder Verkauf, einen weiteren Vorstoss eingereicht.

Heute haben wir eine neue Motion. Darin steht, dass die vorliegende Motion zurückgezogen wird. So die informelle Absprache unter den Motionären beider Vorstösse. Mit der Fraktion SVP hat jedoch niemand gesprochen. Demnach haben wir nie signalisiert, dass wir diese Motion zurückziehen. In dieser Motion gibt es ein Anliegen, welches ansonsten nicht aufgenommen wird. Wenn man die heute überwiesene Motion anschaut, dann kann eine einzelne Person Investor sein oder mehrere. Was wollte der Gemeinderat? Der Gemeinderat wollte einen einzelnen Investor. Der Motionär Lütolf & Co. wollte ebenfalls einen einzelnen Investor und haben bereits einen Interessenten. Man möchte hier den «Fächer» aufmachen, aber ich bin gespannt darauf, ob es dann tatsächlich so sein wird und die fünf Wohler Unternehmer ein Angebot abgeben können oder nicht. Das ist der Grund, weshalb wir an dieser Motion festhalten möchten und weder links noch rechts schauen, um das aktuelle Verhältnis in Erfahrung zu bringen.

Wer SVP wählt und wer mit der SVP zusammenarbeitet, der weiss, wenn wir am Freitag etwas unterschreiben und sagen, dass es am Montag immer noch seine Gültigkeit aufweist. Dies ist unser Vorgehen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Wenn Sie dieser Motion 15035 – entgegen meiner Erwartung zustimmen – dann haben wir natürlich gegen sich laufende Aufträge, welche der Gemeinderat schlicht und einfach nicht umsetzen kann. Entweder hätte man dann die dringliche Motion ablehnen sollen oder man muss nun diese Motion ablehnen. Beides gleichzeitig können wir aus dem genannten Grund nicht umsetzen. Der Gemeinderat hat sich positiv zur dringlichen Motion geäußert und dementsprechend beantragen wir für die Motion 15035 die Ablehnung. Die Ausführungen dazu finden Sie in der vom Gemeinderat verfassten Haltung.

Fraktionsmeinungen

Dietrich-Meyer Stefanie, Die Mitte: Die Mitte und die FDP haben beschlossen, dass wir diese Motion zurückziehen, falls die dringliche heute Abend angenommen werden würde. Dies ist auch so passiert. Wir sind davon ausgegangen, wenn die Mehrheit der Motionäre sie zurückziehen will, dass sie dann zurückgezogen werden kann. Aber dies ist offenbar nicht der Fall und die SVP hält an dieser Motion fest.

Wie vorhin bei der dringlichen Motion schon erwähnt, geht es nicht darum, dass wir nicht wollen, dass die fünf Wohler Unternehmer dort etwas bauen können. Der Markt ist nicht fair, wenn man es einfach einmal jemanden gibt. Die Idee an sich ist eigentlich super, nur resultiert daraus kein fairer Markt. Aus diesem Grund haben wir heute die dringliche Motion eingereicht, diese hat eine grosse Mehrheit und das Feld ist offen, auch für die fünf Firmen, um sich zu bewerben.

Stäger Dieter, FDP/Dorfteil Anglikon: Wir gehören zu den Mitunterzeichnenden dieser ursprünglichen Motion. Unserer Fraktion ist es wirklich wichtig, dass man auch einheimische Unternehmer unterstützt. Wir haben den Eindruck erlangt, dass diese Motion, wie sie jetzt zur Abstimmung vorliegt, keine Chance auf Umsetzung hat und keine Chance hat, überwiesen zu werden. Aus diesem Grund haben wir der dringlichen Motion heute Abend zugestimmt und den «Fächer» so geöffnet. Wir erwarten allerdings klar, dass der Gemeinderat den «Fächer» tatsächlich öffnet und dass die genannten fünf Unternehmer eine reelle Chance erhalten, um hier miteinzusteigen. Unsere Fraktion wird demzufolge diese Motion ablehnen, obschon wir ursprünglich zu den Unterzeichnenden gehörten. Man kann nicht beiden zustimmen, da es sich widerspricht.

Einzelvoten

Breitschmid Manfred, SVP: Ich habe heute gehört, dass wenn man zu dritt einen Vorstoss einreicht und zwei dann zusammen abmachen diesen zurückziehen, dass der dritte dies dann einfach hinzunehmen hat. Das ist offenbar in etwa die Haltung Der Mitte-Fraktion.

Der Gemeindeammann und ich haben öfters widersprüchliche Ansichten über die Auslegung von Texten. So auch bei der Steingasse 25/27, bei welcher es um die Eigentümerstrategie ging. Hier war ich der Meinung, dass man in dieses Papier Punkte einbringen kann, welche für die Gemeinde wichtig sind. So auch heute bei der als dringend eingereichten Motion, bei welcher es gemäss Gemeindeammann nur entweder oder gibt. Ich lese im Text jedoch, dass es offengelassen werden soll, ob sich eine oder mehrere Parteien zusammen bewerben. Das schliesst doch die Motion 15035 nicht aus, sondern das passt doch genau hinein. Es steht ja nicht, dass das nicht sein darf. Es steht eine oder mehrere und fünf Unternehmer sind ja mehrere. Ich sehe nicht, dass sich diese beiden Motion widersprechen sollen. Der Rat scheint in der Mehrheit nicht Willens zu sein diese Motion zu überweisen. Der SVP ist es jedoch wichtig, dass man sehen kann, wer heute aufsteht und sich für die fünf Unternehmer einsetzt.

Meyer Meinrad, Die Mitte: Die Mitte ist bei dieser Frage tatsächlich gespalten. Wie schon verschieden angetönt wurde, hat eine Mehrheit Der Mitte-Fraktion die jetzt vorliegende Motion 15035 unterstützt. Es geht dabei darum, dass die fünf Unternehmer auf einem hinteren Abschnitt des Isler-Areals ihr Kompetenzzentrum errichten können. Es handelt sich um eine kleine Mehrheit. Ich bin genau der gleichen Meinung wie Dieter Stäger, was ziemlich selten vorkommt. Dies bis auf einen einzigen Punkt und Unterschied. Ich glaube eben auch – wie von Manfred Breitschmid ausgeführt – dass man diese Motion jetzt überweisen kann und dass sich diese mit der heute überwiesenen dringlichen Motion nicht widerspricht. Wir haben es jetzt gehört, dass sich bei der dringlichen Motion ein oder mehrere Investoren bei dieser Ausschreibung bewerben können. Es können sich auch die fünf Wohler Firmen dort bewerben. Aber um dem Ganzen noch mehr Druck aufzusetzen, sodass diese Wohler Firmen zu ihrem Recht kommen, sollte diese Motion jetzt auch überwiesen werden. Ich bin nach wie vor der Ansicht, dass wir als vom Volk gewählte Einwohnerräte das einheimische Unternehmen unterstützen müssen. Bitte überlegen Sie sich das. Ich gebe Manfred Breitschmid Recht und werde bei dieser Motion auch aufstehen, obschon ich bereits der dringenden Motion zugestimmt habe. Dies zum Wohl dieser Firmen, welche hier etwas Positives machen wollen, der Gemeinde Geld bringen und Steuereinnahmen generieren. Ich möchte nicht, dass diese Wohler Firmen von Wohlen wegziehen müssen.

Lütolf Harry, Die Mitte: Manfred Breitschmid ist der Meinung, dass Die Mitte ein komisches Verständnis und eine komische Haltung hat. Der Punkt ist Manfred Breitschmid, dass es sich hierbei eigentlich um Demokratie handelt. Es sind drei Parteien in einer Gruppe, die Fraktionen SVP, FDP und Die Mitte. Die FDP und Die Mitte haben sich darauf geeinigt, dass die Motion zurückgezogen werden soll. Wenn in einer Gruppe, in welcher drei Parteien etwas zusammen unterzeichnet haben, dann zwei für einen Rückzug stimmen und eine nicht, dann stellt dies einen ganz normalen demokratischen Grundsatz und Spielregel dar. Die Mehrheit obsiegt. Manfred Breitschmid, du zwingst uns hier mit deiner Fraktion eine Diskussion und eine Abstimmung auf. Dies, obwohl die SVP unterlegen ist. Ich finde diese Haltung komisch.

Die vorliegende Motion ist gar nicht umsetzbar, weil sie von falschen Annahmen ausgeht. Der Antrag darin lautet klar, dass der Gemeinderat das hintere Baufeld den fünf Wohler Unternehmer anbieten soll. Ich lese dies so. Wenn man nun mit diesen fünf Firmen spricht – wir konnten dies bei einem Besuch machen – dann war deren Aussage klar, dass eine dieser Firmen das übernimmt. Diese tritt auch als Baurechtsnehmerin auf und mit den anderen vier Unternehmungen werden Kooperationen geschaffen. Das geht gar nicht. Die SVP möchte, dass man das Baufeld fünf Firmen anbieten soll, aber die Betroffenen sagen Nein, es handelt sich lediglich um eine Firma, welche Baurechtsnehmerin wird. Die SVP macht etwas für diese Firmen, was diese selbst gar nicht wollen. Wir haben unsere Motion vorhin zurückgezogen, obschon sich die Haltung des Gemeinderates genau damit abdeckte. Nämlich die Vergabe an einen einzelnen Investor, denn alles andere würde Kapital vernichten. Das was die SVP will, bedeutet die Vernichtung von Kapital. Es wird Abstimmungsprobleme unter den verschiedenen Firmen geben. Wahrscheinlich führt dies zu einer viel längeren Baustelle. Erst das Baufeld ganz hinten und dann nach vielen Jahren findet man dann vielleicht Investoren für die vorderen Baufelder. Dann haben wir vielleicht die nächsten 15 bis 20 Jahre Baukräne auf dem Isler-Areal, also eine ganz hässliche Sache. Es spricht eigentlich alles dagegen. Ich mache jetzt eigentlich schon wieder für unsere zurückgezogene Motion Werbung. Der springende Punkt ist, dass der Antrag dieser Motion dem Ansinnen der Unternehmer selbst widerspricht. Lassen Sie den Markt spielen. Es gibt noch andere Gewerbler in diesem Dorf, welche auf diesem Areal gerne etwas bauen würden und auf der Suche nach Land sind. Es gibt nicht nur diese fünf Unternehmen. Das sind auch Einheimische und gehören ebenso unterstützt. Wir haben durchaus Verständnis für das lokale Gewerbe, aber die Regeln müssen fair sein und auch die entsprechende Submission. Am Submissionsverfahren dürfen sich alle beteiligen. Dann gibt es nämlich keine Bevorzugung von irgendjemanden.

Abstimmung

Die Motion 15035 betreffend Baurecht auf dem Isler-Areal

wird mit 10 Ja-Stimmen zu 26 Nein-Stimmen abgelehnt.

Antwort zur Anfrage 15036 betreffend Jakob Isler-Areal, Vergabe im Baurecht oder Verkauf

Keller Samuel, FDP: Ich danke dem Gemeinderat für die umfassende Beantwortung unserer Anfrage. Als wir diese Anfrage formuliert und gestellt haben, waren wir mit dem damaligen Projektfortschritt nichtzufrieden. Wir hatten den Eindruck, dass es einen Grund dafür gab, welcher die Gedanken in diesem Projekt gehemmt und eine Blockade erzeugt hat. Wir sahen das Problem dafür bei der Vergabe des Baulandes im Baurecht. Aus diesem Grund stellten wir diese Anfrage mit dem Gedanken dazu, ob es nicht besser wäre das Land zu verkaufen. Der Gemeinderat hatte mit dieser Anfrage die Möglichkeit aufzuzeigen, ob ein Verkauf zeitliche und finanzielle Vorteile mit sich gebracht hätte. Die Antwort des Gemeinderats ist jetzt so gut und klar ausgefallen, dass es keine Rolle spielt, ob das Land im Baurecht abgegeben oder verkauft wird. Wir finden die Weiterführung des Projektes im Baurecht so in Ordnung. Wir wünschen keine Diskussion.

Antwort zur Anfrage 15051 zum bevorstehenden Abbruch der ibw Häuser an der Steingasse 25 und 27

Breitschmid Manfred, SVP: Ich wünsche die Diskussion.

Abstimmung über Diskussion

Dem Antrag auf Diskussion wird mit 21 Ja-Stimmen zu 13 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.

Diskussion

Breitschmid Manfred, SVP: Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung. Mit den Antworten bin ich logischerweise nicht zufrieden, weil der gemeinsame Nenner keine Antwort ist. Man kann nicht antworten oder man weiss es nicht. Es handelt sich um 10'000 m² im besten Industriegebiet, gut erschlossen. Daneben ein Parkhaus mit über 900 Parkplätzen. Man weiss nicht, wie die weitere Zukunft auf diesem Areal aussehen soll. Es wurden eigentlich alle Fragen in etwa gleich beantwortet. Es ist mir auch klar, dass es nicht so einfach war, diese Fragen zu beantworten, weil dann hätte der Gemeinderat sich hinstellen und eine Haltung zur dieser ganzen Thematik bezüglich der Steingasse zeigen müssen. Ich verlangte die Diskussion, um anderen Einwohnerratsmitgliedern die Möglichkeit zu geben, ihre Gedanken hierfür auch zu äussern. Bei der Steingasse geht es nicht nur um diese zwei Häuser, sondern es geht im Wesentlichen darum, wie sich dieses Quartier und diese Strasse nach dem Abriss dieser zwei Häuser zeigt. Man muss eben bei der Steingasse auch das Gesamte anschauen und nicht nur diese zwei Häuser.

Das Folgende habe ich ebenfalls in meiner Anfrage geschrieben:

«Es wäre angemessen, wenn der Gemeinderat bei der Beantwortung von Anfragen nicht nur die Geschäftsnummer aufführt, sondern auch den Fragesteller namentlich nennt.»

Dies wurde bis jetzt nicht gemacht. Ich fragte mich, ob diese vielleicht nicht gelesen wurde oder es gibt wieder ein Argument, welches dagegenspricht, sodass man es nicht machen kann. Vielleicht aus rechtlichen Gründen oder Aarau hat etwas dagegen. Ich weiss es nicht. Es wäre interessant zu hören, weshalb dies nicht gemacht wird oder ob man für einen solchen Blödsinn – was unter dem Strich für die Bedeutung dieser Gemeinde ist – eine Motion dafür einreichen muss, damit es gemacht wird. Es handelt sich ja um unsere Papiere und ich finde es wirklich schikanös, dass wenn ich eine solche Anfrage habe, mit der Nummer nachschauen muss, wer der Anfragesteller war. Vielleicht ist aber auch die Gemeindekanzlei mit einer solchen Banalität überfordert.

Diskussion

Lütolf Harry, Die Mitte: Es gibt ein Punkt bei der Antwort des Gemeinderates, welcher mich kritisch stimmt. Das ist die Antwort zur Frage 2. Der Anfragesteller möchte wissen, ob die Ansicht der Denkmalpflege eingeholt wird. Die Äusserung des Gemeinderates lautet, dass es einerseits den Denkmalpfleger nicht braucht und andererseits auch kein Fachgutachten. Sie kennen die Situation wahrscheinlich. Die beiden Häuser Steingasse 25/27 wurden – ungünstiger Weise – zwei unterschiedlichen Zonen zugeteilt. Dies damals auf Antrag des Gemeinderates und dann genehmigt durch den Einwohnerrat. Das Haus Nr. 25 steht in der Zone Steingasse und dasjenige mit der Nr. 27 steht in der Zone für öffentliche Bauten. Also eine lächerliche Zonierung, welche damals dort vorgenommen wurde. Für die Zone Steingasse, so steht es im § 10 der Bau- und Nutzungsordnung (BNO), kann man auf Kosten des Bauherren ein Fachgutachten erstellen lassen. Der Gemeinderat stellt sich nun partout auf die Position, dass dies nicht notwendig ist. Das

ist doch einfach eine blöde Haltung. Ich finde es nicht elegant, dass der Gemeinderat dies so versucht zu verhindern. Dies im Wissen darum, dass es auf politischer Ebene viel auslösen wird in Bezug auf diese beiden Gebäude. Es wurde diesbezüglich eine Initiative eingereicht, welche höchstwahrscheinlich gültig sein wird und die notwendige Anzahl Unterschriften hat. Ich interpretiere bei der Beantwortung der Frage zwei, dass der Gemeinderat kein Fachgutachten verlangen will und finde dies sehr bedenklich. Auch, dass man den Denkmalpfleger nicht miteinbeziehen möchte, finde ich befremdlich. Ich habe den kantonalen Denkmalpfleger kontaktiert und dort liegt eine schriftliche Aussage vor. Er findet diese beiden Gebäude wichtig und interessant und sie sind sicher prägend für die Steingasse. Er findet, dass diese Gebäude durchaus erhaltenswert sind. Wenn der Gemeinderat im allerschlimmsten Fall den Abbruch verfügen würde, dann würde der Denkmalpfleger sicher vorgängig noch eine archäologische Untersuchung anordnen, weil sich vermutlich vor dem Bau dieser 200 Jahre alten Gebäude andere Bauten an dieser Stelle befunden haben. Dies wenn das Worst-Case-Szenario eintreffen sollte und der Gemeinderat den Abbruch dieser Häuser bewilligen würde. Es würde somit eine notarchäologische Untersuchung durchgeführt werden. Offenbar steckt einiges in diesen Häusern, was erhaltenswert ist und der Denkmalpfleger würde das auch machen, aber der Auftrag dazu muss die Gemeinde erteilen. Er kann sich nicht selbst einbringen. Der Gemeinderat schliesst dies nun partout aus. Diese Haltung erachte ich als sehr ungeschickt. Wir warten nun das Baugesuch ab. Wir gehen davon aus, dass wir in etwa im April Bescheid erhalten, wie der Gemeinderat entschieden hat. Dann werden wir sehen, ob er das bereits umgesetzt hat, was er fatalerweise hier in der Antwort schon geschrieben hat. Kein Fachgutachten und kein Denkmalpfleger – alles komplett egal, obwohl es möglich wäre gemäss § 10 der BNO.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Wir befinden uns hier in einem laufenden Baugesuchsverfahren und aus diesem Grund können wir uns dazu nicht äussern. So leid mir dies auch tut. Ich verstehe Manfred Breitschmied, dass dies für ihn unbefriedigend ist, aber als Baubewilligungsbehörde müssen wir nach der geltenden Rechtsordnung die Sachlage beurteilen. Wir können uns zum jetzigen Zeitpunkt einfach nicht dazu äussern. Wir können uns nicht einmal dazu äussern, ob wir ein Fachgutachten eingeholt haben oder nicht. Vielleicht haben wir das ja gemacht, wer weiss. Es ist einfach eine Unterstellung von Harry Lütolf, dass wir das partout nicht machen wollen. Das stimmt so nicht. Wir weisen nur darauf hin, dass wir vorliegend zwei Rollen einnehmen müssen. Einerseits als Eigentümerversretung der IB Wohlen AG und andererseits als Baubewilligungsbehörde. Aus diesem Grund zeigt sich dies so unkonkret. Sie stellen uns Fragen und wir beantworten diese. Wenn wir etwas nicht wissen, dann schreiben wir, dass wir es nicht wissen und können Ihnen keine Antwort geben. Mehr können wir nicht machen.

Andermatt Dennis, GLP/EVP: Unsere Fraktion bittet die IB Wohlen AG darum, nochmals über die Bücher zu gehen. Den historischen Ortskern für Parkplätze zu verschandeln, geht nicht. Zudem sind reichlich Parkplätze bei der Anlage Hofmatten und auf dem Merkur-Areal in Fussreichweite vorhanden. Noch mehr Verkehr durch den Bau von oberirdischen Parkplätzen mitten in das Dorf zu generieren, das geht ebenfalls nicht. Es führen zu viele Schulen um und am Sitz der IB Wohlen AG vorbei. Noch mehr Verkehr ist nicht förderlich, eher gefährlich und dies geht nicht. Wir Politiker diskutieren, wie wir den Verkehr aus dem Zentrum hinausbringen – beispielsweise mit der Südumfahrung – aber die IB Wohlen AG möchte ihren Mitarbeitenden mitten im Dorf neue Parkmöglichkeiten anbieten. Das geht einfach nicht. Im Leitbild der IB Wohlen AG steht: *«Wir handeln verantwortungsbewusst mit Blick auf das Wohl von Gesellschaft und Umwelt.»*

Ja, liebe IB Wohlen AG, Sie haben Verantwortung für die Wohler Gesellschaft und die hat Ihnen mit mehreren hundert Unterschriften mitgeteilt, dass der Abriss nicht zum Wohle der Gesellschaft ist. Bitte nehmen Sie diese Stimmen und die heutigen Voten bei Ihrer Neubetrachtung dieser Parkplatz- und Abrissangelegenheit ernst. Machen Sie es bitte, dass es geht. Weiter steht im Leitbild: *«Unsere Mitarbeitenden pflegen den Dialog mit unseren Kunden mit dem Ziel, die Wünsche und Bedürfnisse zu erkennen und zu erfüllen.»*

Ja, liebe IB Wohlen AG unsere Bedürfnisse sind wie folgt. Ziehen Sie das Baugesuch zurück und gestalten Sie ein neues sensibleres Projekt, welches dem historischen Ort Steingasse gerecht wird. Bitte das geht doch!

Ja, der Gemeinderat befindet sich wirklich in einer schwierigen (Sandwich-)Position, doch mit so vielen Voten, einem Initiativbegehren und kritischen Stimmen gegenüber diesem Bauvorhaben, dürfen Sie die Stimmen der Bevölkerung nicht aussen vor lassen und Sie müssen Ihren Einfluss auf die IB Wohlen AG nutzen. Das geht.

Matter-Schlein Franziska, Grüne: Die erste Sitzung dieses Jahres wurde mit März relativ spät angesetzt. Für mich wäre es sinnvoller gewesen, hätte schon im Januar eine Sitzung stattgefunden, damit die nachfolgenden Sitzungen nicht so lange dauern. Ich weiss nicht, wie Sie das sehen. Ich hätte lieber eine etwas kürzere Sitzung im Januar gehabt und dafür heute nicht so eine lange. Dies möchte ich dem Präsidenten als Anregung für seine Planung mitgeben.

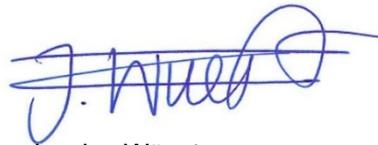
Meier Cyrille, Präsident: Selbstverständlich wäre dies so gemacht worden. Wenn jedoch bis zur Januar-Sitzung zu wenig beschlussfähige Geschäfte vorliegen, dann muss man halt wie vorliegend entscheiden.

Ich bedanke mich für Ihr Mitwirken an der heutigen Sitzung und wünsche Ihnen schöne Oster-Festtage oder allenfalls Ramadan. Wir werden uns voraussichtlich an der nächsten Einwohnerratssitzung vom Montag, 15. Mai 2023, um 19.00 Uhr, wieder treffen. Ich wünsche Ihnen eine gute Nacht und eine gute Erholung. Sitzung ist geschlossen.

Für das Protokoll



Cyrille Meier
Präsident



Jessica Wüest
Aktuarin